

Sand im Getriebe 150

Der Rundbrief „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.

Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der Attac-Bewegung.

PDF-Version: <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig> E-Mail: sand-im-getriebe@posteo.de

Wir wollen LEBEN, nicht überleben!

Volker Prasuhn: Kampf gegen den Krieg und den sozialen Krieg.....	3	Survival International: CO2-Zertifikate: gravierende Mängel auf indigenem Land in Kenia.....	19
Frankreich : Breiter Widerstand gegen die Rentenreform		6-Punkte-Plan für die sozial-gerechte Agrarwende und gutes Essen für alle!.....	20
Christiane Marty, Attac FR: Seit 30 Jahren		Keine Ratifizierung des EU-Mercosur-Abkommens!.....	21
Angriffe auf den Sozialstaat.....	5	Alexander Reich: Das Nötigste ist extra teuer. .	22
Negative Folgen der Rentenreform.....	6	Pascal Derungs: Ein gescheitertes Experiment: Treibstoffe aus Pflanzen.....	23
Soziale und politische Perspektiven?.....	6	Wasser.....	24
François Ruffin, Abgeordneter im Departement		UN-Wasserkonferenz in New York: Vorschlag aus Bolivien an die Welt.....	24
Somme: Macron gegen Frankreich.....	7	FIAN „Priorität für das Menschenrecht auf Wasser“.....	25
Sophie Binet, CGT: 49-3: Sie sind eine Handvoll, wir sind Millionen! 10		Gilles Sabatier, Attac Frankreich: Der Kampf gegen die Mega-Becken.....	26
Drei Vorschläge von Info'Com-CGT, um die sozialen Bewegungen zu unterstützen und die CGT zu vereinen.....	11	Frieden.....	27
Griechenland 12		Andreas Zumach: Rückkehr zum Völkerrecht oder Präventivkrieg als Dauerzustand.....	27
Großbritannien: Branchen- und gewerkschaftsübergreifende Streikwelle.....	13	German Foreign Policy: Die Jahrestage dreier Angriffskriege.....	30
Deutschland: 27. März 2023: Warnstreik.....	13	Ein Nachruf auf Antje Vollmer - einer Versöhnerin und Pazifistin.....	31
Newsletter von Attac Hamburg: Krankenhausreform – eine Revolution?.....	14	Chinas 12-Punkte-Plan für die Ukraine.....	32
Biodiversität-COP 15 / Landwirtschaft...15		Ukraine – einige Dokumente.....	33
NABU: Weltnaturkonferenz verabschiedet neues Weltnaturabkommen.....	15	Connection e.V. und PRO ASYL: Wer die Waffen niederlegt, braucht legalen Weg zu Asyl	34
Pressenza: COP15 - falsche Lösungen für die Biodiversitätskrise an.....	15	Riad Othman, Medico-Blog: Israel / Palästina: Am Abgrund.....	35
Ingeborg Schellmann: Menschenrechte für KleinbäuerInnen.....	16	Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost: Nachruf auf Clemens Messerschmid	35
INKOTA-Netzwerk: Allianz für eine Grüne Revolution in Afrika (AGRA) – Eine unheilvolle Allianz.....	17	Ostermarschtermine 2023.....	36

Vorwort

„Wir wollen leben – nicht überleben!“ Die Proteste und Streiks /Blockaden in Frankreich gegen die neuen Rentenregelungen gehen weiter. "Es ist schon gut, 62 Jahre zu erreichen!", das sagte Macron 2019 ..., um vier Jahre später die Rente mit 64 „mit Gewalt durchzusetzen. Emmanuel Macron fügt der sozialen Krise eine demokratische und politische Krise hinzu.“ (Sophie Binet).

Zu der Rolle der Linken in Frankreich führt François Ruffin aus: „Wir müssen aus der neoliberalen Klammer, die 1983 geöffnet wurde, herauskommen, wobei die Klimakrise noch hinzukommt. Alles muss umgestaltet werden: die Industrie, der Wohnungsbau, die Fortbewegung ... Das sind unsere wahren Herausforderungen. [...] Vor allem die Frage der Arbeit, die die Unterschicht untergräbt, muss wieder in den Mittelpunkt eines linken Diskurses gerückt werden.“

„Wir wollen leben, nicht überleben!“

Für Hunderte Millionen Menschen geht es aber um das nackte Überleben:

- Experten aus vier Kontinenten prangern falsche Lösungen für die Biodiversitätskrise an. (Pressenza)
- CO₂-Kompensationsprojekte zerstören die Existenzgrundlage von indigenen Völkern (Survival international).
- AGRA und das von ihr propagierte Konzept der Grünen Revolution – ein Projekt u.a. der Gates-Stiftung – haben in den letzten zwölf Jahren großen Einfluss auf die Agrarpolitiken vieler afrikanischer Länder gewonnen. Es hat den Menschen nicht geholfen, auch wurden dabei verbotene Pestizide eingesetzt.

(INKOTA)

- Es ist harte Arbeit, die Umsetzung der 2018 von der UN-Vollversammlung beschlossenen Erklärung für die „Rechte von Kleinbauern und anderen Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten“ einzufordern.

(CETIM, Via Campesina)

- 144 Organisationen (u. a. Attac Deutschland) haben sich auf einen 6-Punkte-Plan für die sozial-gerechte Agrarwende und gutes Essen für alle geeinigt und fordern dessen Umsetzung durch die politische Instanzen. Auch in Deutschland hungern Menschen bzw. können sich nur sehr ungesund ernähren (foodwatch).

Die Agrarfläche in Europa, welche für europäische Kraftstoffe genutzt wird, könnte 120 Millionen Menschen ernähren.

- „Wasser ist Leben!“ Bolivien hat einen Vorschlag an die Welt unterbreitet.

Die Menschenrechtsorganisation FIAN fordert die Bundesregierung auf, bei der Außenwirtschaftsförderung und der Kooperation mit dem Privatsektor das Menschenrecht auf Wasser zum bedingungslosen Kriterium zu machen.

„Wir wollen leben“ - Kurz vor den Ostermärschen veröffentlichen wir u.a. von Andreas Zumach „Rückkehr zum Völkerrecht oder Präventivkrieg als Dauerzustand“ und den 12-Punkte-Friedensplan von China.

Connection e. V und PROASYL mahnen an: Wer die Waffen niederlegt, braucht legalen Weg zu Asyl. (mdv)

(2.4.23)

Die **Werkstatt für SiG 150** enthält ergänzende Artikel. Das **SiG-Dossier „Leben in Zeiten des Corona-Virus“ – Handeln im Zeichen von Solidarität und sozialer Gerechtigkeit** wird weitergeführt.



Der Rundbrief „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.

Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der Attac-Bewegung. **Haftungshinweis:** Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen.

E-Mail: sand-im-getriebe@posteo.de – Der Rundbrief kann abonniert werden:

<http://www.attac.de/bildungsangebot/sig/startseite/>. Gedruckte Exemplare von „Sand im Getriebe“ zum Selbstkostenpreis (2 € + Porto). Bestellung in Deutschland per E-Mail an sig-abo@gmx.de. Abonnement: 15 € für 5 Ausgaben.

Redaktion dieser Nummer: Barbara Fuchs, Werner Horch, Martina Jäger, Ingeborg Schellmann, Marie-Dominique Vernhes, Christian Weber (Mitglieder von Attac Deutschland; diese Angabe dient nur zur Identifikation der Personen).

Danke an alle, die uns Hinweise und Anregungen gegeben haben. V. i. S. d. P.: Marie-D. Vernhes

Volker Prasuhn

Kampf gegen den Krieg und den sozialen Krieg

Rede auf der Kundgebung „Stoppt den Krieg in der Ukraine“
der Friedenskoordination Berlin am 24.02.2023 am Brandenburger Tor

- Es gilt das gesprochene Wort -

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich wurde gebeten, hier als aktiver Gewerkschafter zu sprechen. Ich bin Mitglied im ver.di-Bezirksvorstand Berlin, spreche aber hier für keinen Vorstand und für kein Gremium, sondern im eignen Namen.

Bisher ist wenig aus den Gewerkschaften zum Krieg in der Ukraine zu hören. Klar, der DGB ist für Frieden, Waffenstillstand und Verhandlungen. Aber bei diesem Postulat bleibt es dann auch schon.

Die deutschen Gewerkschaften sind **Einheitsgewerkschaften – keine politischen Richtungsgewerkschaften**. Sie sind aber auch **unabhängig von der Regierung** – und müssen es bleiben.

Die Gewerkschaften sollten sich positionieren – gestützt auf eine breite, respektvolle Diskussion unter den Kolleg*innen. Mittlerweile hat diese Diskussion zumindest in Teilen von ver.di und anderen Gewerkschaften begonnen.

Nichts wäre schlimmer, als den Krieg und seine Ursachen einfach auszublenden.

Die Ausgangsfrage muss doch lauten: Können wir so tun, als seien der Krieg einerseits und die Inflation und die sozialen Angriffe zwei getrennte Sachen?

Die Demonstrationen des sogenannten „Solidarischen Herbstes“ haben gezeigt: Den Krieg, die Waffenlieferungen, die Sanktionen, den Wirtschaftskrieg herauszuhalten – das funktioniert nicht.

Die Ablehnung des 100 Milliarden Rüstungsprogramms für die Bundeswehr ist richtig – aber das ist nur ein Aspekt. Können wir ignorieren, dass die Bundesregierung mit immer mehr Waffen unser Land immer tiefer in den Krieg hineinzieht? Die **Sanktionen** treffen die Bevölkerung hier und nicht Putin - das muss man doch zur Kenntnis nehmen. Wer gegen den **Wirtschaftskrieg gegen Russland** ist, liefert nicht die Ukraine aus. Wir können nicht ignorieren, dass ein **globaler Wirtschaftskrieg** tobt, angeführt von der US-Administration im Interesse der US-Konzerne. Auch gegen Deutschland, auch gegen Europa, auch gegen China.

Seit vielen Jahren bin ich - zusammen mit zahlreichen Kolleginnen und Kollegen gegen prekäre Arbeit, gegen Tarifflucht, gegen Ausgründungen - gewerkschaftlich aktiv.

Die Inflation bedroht besonders die Kolleg*innen mit niedrigen Löhnen und die Menschen in prekären Verhältnissen in ihrer Existenz. Für die allermeisten dieser Beschäftigten bedeutet die Inflation nicht 10 Prozent, sondern 20 Prozent weniger Geld – wegen der besonders stark gestiegenen Preise für Lebensmittel und Energie.

Deshalb ist es richtig, dass ver.di in der **Tarifrunde für den öffentlichen Dienst (TVöD)** für die 2 ½ Millionen Beschäftigten gefordert hat: 10,5 Prozent, aber mindestens 500 Euro monatlich.

Deshalb ist es richtig, dass **die Postler** 15% Lohnerhöhung bei der Post AG fordern, die 2022 den Rekordgewinn von 8 Milliarden eingefahren hat. 80% der Beschäftigten, die Brief- und Paketzusteller, sind zu niedrigen und niedrigsten Löhnen beschäftigt.

Deshalb ist es richtig, dass die **Eisenbahnergewerkschaft EVG** jetzt 12 % mehr Lohn, mindestens aber 650 Euro monatlich gefordert hat.

Deshalb ist es auch richtig, dass die vor vielen Jahren outgesourceten Beschäftigten der Facility-Töchter von Charité und Vivantes von Geschäftsführung und Senat **Nachverhandlungen** zu ihren Tarifverträgen gefordert haben, weil diese noch bis Ende 2024 oder länger laufen.

Eine regelrechte **Welle von Streiks** rollt über das Land. Flughäfen wurden lahmgelegt von den Kolleg*innen der Bodenverkehrsdienste und der Luftsicherheit. Anfang Februar streikten in Berlin Lehrer*innen, Sozialpädagog*innen und Schulpsycholog*innen zum neunten Mal innerhalb weniger Monate. Es geht ihnen um kleinere Klassen und mehr Personal.

Kanzler Scholz hat gesagt: „Es ist nicht die Zeit der Forderungen...“.

Doch, genau das! Mehr denn je ist es die Zeit der Forderungen!

Nancy Faeser (als Verhandlerin des Bundes) und die kommunalen Arbeitgeberverbände haben gestern in der TVöD-Runde ein Angebot vorgelegt.

Frank Werneke hat das Angebot als eine „Frechheit“, einen Schlag ins Gesicht der Beschäftigten, bezeichnet. Ein Mindestbetrag bei den Lohnerhöhungen sei mit ihr (Frau Faeser) nicht zu machen. Auch das „Angebot“ einer Laufzeit des Tarifvertrages von 27 Monaten ist eine Provokation (ver.di fordert 12 Monate).

Nancy Faeser spricht von fehlenden Spielräumen in den öffentlichen Haushalten.

Sie sprechen es nicht offen aus – aber darum geht es: Lohnverzicht für einen Haushalt, in dem die Aufrüstung vorangetrieben werden soll. Nicht mehr nur 2% des BIP, nein, 3% bis 2030 werden als Ziel ausgegeben. Nicht nur ein 100-Milliarden-Sondervermögen für die Bundeswehr soll es sein. Aufrüstungsminister Pistorius spricht schon von 300 Milliarden Euro.

Rüstungshaushalte verlangen nicht nur Lohnverzicht – sie verlangen auch:

- Noch schärfere Spardiktate gegenüber Krankenhäusern, Schulen, Kitas;
- Kaputtsparen der Öffentlichen Daseinsvorsorge, Abbau des Sozialstaats;
- Und weitere Privatisierungen.

Auf den Demonstrationen sieht man zurecht Transparente wie:

- Nein zu den 100 Milliarden für die Aufrüstung!
- 100 Milliarden für die Bildung, für die Krankenhäuser, für die Kommunen, für Soziales!

Sagen wir Nein zu einer Politik, die im Handumdrehen hunderte Milliarden zur Kriegsausrüstung locker macht – dafür aber dem eigenen Volk den sozialen Krieg erklärt!

Zu diesem sozialen Krieg gehört auch, dass die großen Konzerne Riesengewinne einfahren – die Dax-Unternehmen haben rund 55 Milliarden Dividende ausgeschüttet.

Der Kampf gegen den Krieg und der Kampf gegen den sozialen Krieg nach innen gehören zusammen.

Heute sind wir Hunderte hier am Brandenburger Tor. Vielen Dank an die Friedenskoordination Berlin, die diese Kundgebung heute durchführt.

Morgen werden wir am Brandenburger Tor Tausende, vielleicht Zehntausend, sein!

Morgen werden Zehntausende in **Madrid** auf die Straße gehen. Der Kampf gegen die Beteiligung an der NATO hat in Spanien eine besondere, tiefe Tradition. Und: Es ist erst zwei Wochen her, dass in Madrid eine Million Menschen für die Verteidigung des öffentlichen Gesundheitswesens – gegen Privatisierungen - demonstriert haben.

Morgen werden in **London** Zehntausende auf die Straße gehen – mit der *Stop the War Coalition* und der *CND*, der Kampagne gegen Nuklearwaffen. In einer Zeit, wo Lehrer*innen, Erzieher*innen, Krankenschwestern, Eisenbahner*innen, Docker und viele mehr mit ihren Gewerkschaften zu Hundertausenden auf die Straße gegangen sind und gestreikt haben. Und wo 500.000 Menschen außerdem am 1. Februar, aufgerufen vom Gewerkschaftsdachverband *TUC*, gestreikt haben, um gegen den Gesetzentwurf, der ihr Streikrecht einschränken soll, zu protestieren.

Morgen werden sich in **Genua** Tausende versammeln zu einer nationalen Kundgebung mit den Forderungen „Waffen runter, Löhne rauf!“. Im Hafen von Genua und andernorts haben Gewerkschafter*innen Waffentransporte boykottiert.

Der Kampf gegen den Krieg war und ist immer ein **internationaler Kampf**. Das wird morgen seinen Ausdruck finden.

Über 500 Unterzeichner*innen aus 19 europäischen Ländern, darunter viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aber auch Abgeordnete unterschiedlicher politischer Parteien und Gruppierungen, speziell der Arbeiterbewegung, haben den europäischen Aufruf „**Stopp dem Krieg**“ unterstützt.

Es ist Zeit zu überlegen, wie wir den Kampf gegen den Krieg **in ganz Europa** führen können.

In ganz Europa wächst eine Widerstandsbewegung heran

- gegen den Krieg,
- gegen die Rüstungshaushalte,
- gegen die Zerstörung des Gesundheitswesens, des Bildungswesens, der Renten,
- gegen die Verteuerung des Lebens,
- gegen eine Gesellschaft, die der Jugend keine Zukunft zu bieten hat.

Nochmal: Der Kampf gegen den Krieg und der Kampf gegen den sozialen Krieg sind zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Mit Panzern, Kampffjets und Langstrecken-Raketen wird der Krieg in der Ukraine nicht beendet.

Das verlängert nur das Töten und Sterben.

- Schluss mit den Waffenlieferungen!
- Schluss mit der Eskalation des Krieges!
- Waffenstillstand sofort!

Einen Ausweg kann nur eine starke Friedensbewegung gemeinsam mit einer starken Bewegung der arbeitenden Bevölkerung in ganz Europa weisen.

Treffen wir uns wieder – morgen um 14 Uhr hier am Brandenburger Tor zum „Aufstand für den Frieden“!

Foto : [EPSU](#)



Frankreich

Breiter Widerstand gegen die Rentenreform

Christiane Marty: Seit 30 Jahren Angriffe auf den Sozialstaat

14. Januar 2023 - Alle Rentenreformen seit 1993 folgen der gleichen neoliberalen Logik, die darin besteht, die öffentlichen Ausgaben, die Arbeitskosten und die Steuern - zumindest für die Reichsten und die großen Unternehmen - zu senken, da Sozialabgaben und Steuern bezichtigt werden, eine Bremse für die Wirtschaft zu sein.

Was seit über 30 Jahren im Gange ist, ist ein Angriff auf den Sozialstaat: Abbau des Sozialschutzes und der öffentlichen Dienstleistungen, mit dem zugrunde liegenden, nicht explizit formulierten Ziel, einen Großteil dieses gesamten Tätigkeitsbereichs in den Privatsektor (und seine Profitmöglichkeiten) zu verlagern.

Langfristig soll ein einfaches Sicherheitsnetz erhalten bleiben, ein minimaler sozialer Schutz für die Ärmsten, der weiterhin durch die Sozialpolitik gewährleistet wird.

Bei den Renten geht es darum, die Ausgaben für die Renten zu deckeln. Während der Anteil der Rentnerinnen und Rentner an der Bevölkerung steigen wird, wird eine Erhöhung der Mittel für die Rentenkassen konsequent abgelehnt. Das Ziel ist es, die Ausgaben auf dem derzeitigen Niveau von maximal 14% des BIP zu stabilisieren. Damit wird die Verarmung der Rentnerinnen und Rentner im Vergleich zur erwerbstätigen Bevölkerung programmiert.

Alle bisherigen Reformen bestanden darin, die Bedingungen für eine Vollrente zu verschärfen, was zu einer Senkung des Rentenniveaus führte.

Attac Frankreich und Copernic: [Konferenz](#)
Christiane Marty ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von Attac Frankreich; von ihr gibt es mehrere Publikationen über die Renten, s. [Webseite von Attac Frankreich](#)

Rentenreform per Dekret

- Am 11. März 2023 hat der Senat einen modifizierten Text des Gesetzes in einer Blockabstimmung verabschiedet.

- Am 15. März 2023 fand der achte große Aktionstag gegen den Gesetzentwurf statt. [Kundgebungen und Demonstrationen](#) – "Die Müllabfuhr wird erst dann wieder aufgenommen, wenn die Rentenreform in den Müllimer geworfen wurde." Bericht von [Mediapart](#)

- Aufruf von Attac Frankreich, 15. März ([Übersetzung](#)): "Am 16. geht es weiter! Seien wir überall dabei, um den Druck bis zur Rücknahme zu erhöhen!"

- Erklärung des **Gewerkschaftsbündnisses** am Abend des 15. März ([Übersetzung](#)): Aufruf zu weiteren Aktionen.

- Der Senat hat am Morgen des 16. März den vom Vermittlungsausschuss am 15. März modifizierten Gesetzentwurf angenommen. Am Nachmittag des 16. März hat die Regierung gemäß § 49-3 der Verfassung das Gesetz selber beschlossen, so dass in der Nationalversammlung keine Abstimmung stattfand.

(§ 49.3. kann bei Finanzfragen – die Rentenreform wurde von der Regierung als Finanzfrage deklariert! – ohne Begrenzung der Häufigkeit eingesetzt werden. Das ist jetzt das 10. Mal seit Bildung der Borne-Regierung im Mai 2022.)

„Die Wut, die der 49-3 hervorgerufen hat, entspricht der Gewalt der Reform.“ (Sophie Binet)

- Widerstand auf den Straßen und in Betrieben

Sofort gab es eine [Demonstration](#) in Paris ("Macron zurücktreten!") und in vielen anderen Städten (Kurzvideos [hier](#)), worauf mit einer starken [Polizeirepression](#) reagiert wurde. Der Europa-Rat, Amnesty International u. a. m. protestierten.

Noch am Abend gab es **Stellungnahmen u.a. der Gewerkschaften CFDT, CGT und Solidaires** ([Übersetzung](#) von Texten auf [syndicollectif](#)), ebenfalls einen [Aufruf von Attac Frankreich](#) ([Übersetzung](#)).

Das **Gewerkschaftsbündnis** hat in einer [gemeinsamen Erklärung](#) zum nächsten **großen Streik- und Demonstrationstag am 23. März** aufgerufen und für das **Wochenende** zu lokalen Aktionen und Demonstrationen. Vielerorts werden Streiks und Blockaden fortgeführt. ([Lied der Müllmänner](#))

An diesen inzwischen **10 Aktionstagen** (Stand vom 29.3.) nahmen bis 3,5 Millionen Menschen teil (23. März). In kleinen und mittleren Städten hatte es eine solche große Mobilisierung bisher nicht gegeben.

Fotos zu den Protesten und Streiks, März 2023

Die **Unterstützung der Streikenden** wird organisiert, denn die Gewerkschaften verfügen in der Regel über keine Streikkasse. <https://www.caisse-solidarite.fr/>
Spendenverwendung: <https://www.caisse-solidarite.fr/#donsverses>
Übersicht über die Streikkassen: <https://caissedegreve.fr/>
Bauern unterstützen die Streikenden mit Lebensmittelspenden: Video, 5 Min. [Humanité](#)

- **Zur Analyse der politischen Situation und zur Strategie der Gegner der Rentenreform:** siehe die nächsten Seiten

- **Widerstand in den Institutionen:**

a. Nach der **Ablehnung der beiden Misstrauensanträge am 20. März** – 9 Stimmen fehlten dem LIOT-Antrag – gilt die Vorlage der Rentenreform als verabschiedet. Der Staatspräsident, Emmanuel Macron, hat danach zwei Wochen, um einen entsprechenden Erlass zu veröffentlichen, damit das Gesetz in Kraft treten kann. (LIOT= s. [Webseite](#))

b. Jetzt wird eine Klage vor dem Verfassungsrat erhoben. Mit einem Spruch wird für Ende April gerechnet.

c. 250 Parlamentarier haben die Organisation einer nationalen Volksabstimmung (Referendum mit geteilter Initiative) eingeleitet; dafür sind noch innerhalb von 9 Monaten die 4,9 Mio. Unterschriften von 10% der Wahlberechtigten zu sammeln. *Einzelheiten über das Verfahren* [hier](#).

Negative Folgen der Rentenreform

"Es ist schon gut, 62 Jahre zu erreichen!"

"Es geht darum, sich bewusst zu werden, dass es die gleiche Gewalt [wie andere Diskriminierungen, Anm. d. Red.] ist, wenn das Alter zu einer Variablen für die Steuerung des Arbeitsmarktes wird", erklärt Bernard Friot in seinem neuesten Buch [4]. Es ist nicht auszuschließen, dass das Verbot, vor dem 64. Lebensjahr in Rente zu gehen, "nicht positive Auswirkungen" auf die Jugendarbeitslosigkeit hat, wie es der Conseil d'orientation des retraites euphemistisch formuliert. Zwischenzeitlich vervielfachen Jung und Alt das [Hin- und Herpendeln](#) zwischen Arbeitslosigkeit und Erwerbstätigkeit. Unter diesen Bedingungen wird es unmöglich sein, die Kriterien für die Anzahl der Jahre und Quartale zu erfüllen, um die vollen Ansprüche zu erwerben. Es kommt immer seltener vor, dass man zum vollen Satz in Rente geht: Der Anteil der Rentner mit einer vollständigen Laufbahn nimmt tendenziell ab [5].

"Wenn man selbst in Schwierigkeiten ist und eine gebrochene Karriere hat, ist es schon gut, 62 Jahre zu erreichen!" Im Jahr 2019 war sich dieser vehemente Kritiker des Heraufsetzens des Renteneintrittsalters des Problems bewusst. Er fügte [auf der Bühne von France 2](#) hinzu: "Wenn man das gesetzliche Rentenalter verschiebt, sagt man den Leuten, dass sie länger arbeitslos bleiben. Das ist nicht richtig!" Sein Name war Emmanuel Macron.

[4] Prenons le pouvoir sur nos retraites (Die Macht über unsere Renten ergreifen), Bernard Friot, La Dispute, 2023.

[5] Laut einer [Mitteilung des Gesundheitsministeriums](#).

Aus: Ludovic Simbille : **Niedrigere Löhne, höhere Arbeitslosigkeit: Die perversen Effekte der Rentenreform. Sozialer Rückschritt**, (Frühere Verschiebungen des Renteneintrittsalters haben die Ausgaben für Gesundheit und Sozialleistungen erhöht.)

Die Kernpunkte der endgültigen Fassung

Cécile Hautefeuille , 20. März 2023, [Mediapart](#)

Abschnitte aus: Kernpunkte der Rentenreform ([Übersetzung](#))
- **Zwei Jahre länger arbeiten:** Das gesetzliche Renteneintrittsalter, vor dem kein Arbeitnehmer, der nach dem 20. Lebensjahr zu arbeiten begonnen hat, seine Rente beziehen darf, wird schrittweise von 62 auf 64 Jahre angehoben. Der Übergang wird schnell erfolgen: Ab dem 1. September 2023 wird das Renteneintrittsalter jedes Jahr um drei Monate angehoben, bis es 2030 für alle 64 Jahre erreicht. [...]

- **Schneller länger einzahlen:** Das verabschiedete Gesetz berührt nicht die erforderliche Beitragsdauer - 43 Jahre -, um Anspruch auf eine Vollrente zu haben, aber es beschleunigt das Tempo, das in dem 2014 von Marisol Touraine, Ministerin unter François Hollande, eingebrachten Gesetz vorgesehen ist. So muss man bereits 2027 statt 2035 43 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt haben. [...]

- **Mindestrenten: Trugbilder und falsche Versprechungen:** Die Erhöhung der Mindestrenten, die von der Regierung von Anfang an als Gegenleistung für die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters dargestellt wurde, war eines der zentralen Themen der Debatten. Die Maßnahme hat sich schnell gegen ihre Befürworter gewendet, die unaufhörlich Lügen über sie verbreitet haben. Dies gilt insbesondere für die tatsächliche Zahl der Empfänger der 1200-Euro-Rente. Der Arbeitsminister Olivier Dussopt gab schließlich zu, dass nicht mehr als 20 000 neue Rentner*innen jedes Jahr von der Anhebung der Kleinstrenten profitieren werden.

- **Sondersysteme und "Großvaterklausel":** Für Personen, die ab dem 1. September 2023 in das Verkehrsunternehmen RATP, die Strom- und Gasindustrie (IEG), die Notarangelegten, die Bank von Frankreich und den Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrat (Cese) eingestellt werden laufen die Sonderregelungen (= früherer Renteneintritt) aus.

Soziale und politische Perspektiven?

Rente mit 64! – *Mit 64 sind schon ein Viertel der Arbeiter tot! (1)*

Die Lebenserwartung steigt! – *Ja, aber nicht die Anzahl der Jahre in guter Gesundheit! Auch braucht man für ein gutes Leben im Alter nicht so lange zu arbeiten ... wenn die geschaffenen Reichtümer nicht von einer kleinen Minderheit angeeignet werden. 32-Stunden-Woche und Rente mit 60 müssen sein, das ist das Mindeste!*

Wegen dem Defizit in der Rentenkasse sind länger Beiträge zu zahlen! *Nein, dank höherer Löhne könnten mehr Beiträge eingezahlt werden! Und die 58 Milliarden Beitragsbefreiungen für die Unternehmen sind rund 4mal so hoch wie das Defizit.*

Usw,... Seit Januar haben manche Menschen in Frankreich dank des Einsatzes von Gewerkschaften, engagierten Politikern, Journalisten, Wissenschaftler*innen einen Intensivkurs in Sache Renten gemacht – und die Medien mussten feststellen: die PR-Kampagne der Regierung für ihre Rentenreform ist gescheitert.

(1) 23% der ärmeren Menschen in Frankreich sind schon mit 65 gestorben (Attac FR).

In Deutschland? "2019 hatten 17 Prozent aller Verstorbenen das 67. Lebensjahr nicht erreicht, 14,4 Prozent erlebten sogar ihr 65. Jahr nicht mehr." [versicherungsbote](#) -

Die breite und heftige Ablehnung des Gesetzentwurfs über eine Rentenreform war schon in [SiG 149](#) Thema.

Die Wucht der Proteste gegen die Rentenreform kann besser verstanden werden, wenn **die vielen Wellen der Kämpfe in Frankreich** in Erinnerung gerufen werden:

Gegen ein neues Arbeitsgesetz (2016, [SiG 120](#)), gegen die Zerschlagung der staatlichen Eisenbahn SNCF (2018, [SiG 128](#)), seit Jahren gegen die Misere in der Gesundheitsversorgung, insbesondere in den Krankenhäusern ([SiG 129](#)), gegen die Umweltzerstörungen ([SiG 127](#)) und „große unnütze Projekte“ ([SiG 126](#)), gegen Rassismus und die polizeiliche und gerichtliche Repression ([SiG 139](#)).

Die Gelbwestenbewegung fasste alle diese Revolten in dem Spruch „Wir wollen leben, nicht überleben“ zusammen.

Die königlichen Allüren von Macron und die besonders scharfe Polizeirepression entfachten die Proteste ([SiG 130](#), [131](#), [132](#)). Die Corona-Maßnahmen waren schließlich 2020 der Katalysator für die Festigung eines Bündnisses von Gewerkschaften, Umweltorganisationen und anderen (wie Attac Frankreich): „Plus jamais ca“ – Nie wieder ([SiG 137](#)).

Und jetzt verabschiedet sich eine beachtliche Zahl der frisch ausgebildeten Elite von der Perspektive einer guten Karriere, in der sie eine Tätigkeit ausüben würden, die sozial- und umweltzerstörerisch wäre ([SiG 149](#)).

Vor 3,5 Jahren gab es schon erhebliche Proteste gegen einen Gesetzentwurf zu einer Rentenreform. Diese blieb schließlich in der Schublade, denn für die Regierung waren Corona-Maßnahmen dringender ([Vortrag](#) ; "Sand im Getriebe" [Nr.135](#) ; [Seiten der AG Europa](#)) Und jetzt wieder ein Angriff auf die Renten? Das war die Lunte am Pulverfaß.

Wie schaffen sie aber diese jetzt erstaunliche Ausdauer? Das Streben nach einem guten Leben und nach Würde, also auch nach Wahrnehmung ihrer Anliegen, bewegt sie. Die erlebte Solidarität verstärkt ihr Durchhaltevermögen – monatelangen Streiks sind nur möglich, weil viele Menschen die Streikenden auch materiell unterstützen, dazu gehören Bauern, die ihre Produkte verschenken. Sie schaffen es auch mit einer guten Portion Witz, die in keiner Demonstration fehlen darf (Fotos), aber auch mit Streikaktionen, bei denen sie sich nicht nur weigern zu arbeiten, sondern ihre erlernten Fähigkeiten im Sinne der Streikforderungen einsetzen (gezielte Stromabspernungen oder umgekehrt kostenlose Versorgung von armen Haushalten mit Strom; Tanz- und Konzertaufführungen, u. a. m.)

Aber jetzt, welcher Ausgang zu der politischen Krise? *Aus der Fülle von Beiträgen haben wir in diesem Heft drei ausgewählt, zum einen vom Abgeordneten François Ruffin, von Sophie Binet (CGT) und von eine CGT-Gruppe. Die SiG-Redaktion wird versuchen, weitere Texte zu übersetzen.*

François Ruffin, Abgeordneter im Departement Somme Macron gegen Frankreich

Bereits in diesem Herbst schrieb ich in meinem kleinen Buch über "La Bataille des retraites" (Die Rentenschlacht): "Mit Ernsthaftigkeit, mit einer Feierlichkeit, an die ich nicht gewöhnt bin, sage ich es für mein Land: Es ist ein Wahnsinn." Und ich fügte hinzu: "In was für einer Zeit leben wir?"

Die Franzosen sind deprimiert, erschöpft und entnervt aus der langen Krise durch Covid herausgegangen, die sich mit dem Krieg in der Ukraine und seinen Auswirkungen auf die Preise, der galoppierenden Inflation, Kontoüberziehungen und Löhnen, die nicht mithalten können, fortsetzt.

Im Frühjahr wurde Emmanuel Macron nur aus Mangel an Alternativen, ohne Schwung und ohne Enthusiasmus wiedergewählt. In der Nationalversammlung findet er nur eine Scheinmehrheit mit einer unsicheren Basis: In meinem Departement, der Somme, haben mehr als die Hälfte seiner Kandidaten nicht einmal die zweite Runde erreicht!

Die Rassemblement National gedeiht wie nie zuvor und liegt in einem gespaltenen Frankreich auf der Lauer.

Der Sommer war geprägt von Mega-Feuern bei uns, von Dürre und einer spürbaren Erwärmung. Und der Winter kündigt sich mit Stromausfällen, Rationierung und explodierenden Rechnungen an.

In diesem Klima, in diesen **Zeiten der sozialen, geopolitischen und ökologischen Unruhe**, leitet der Staatschef seine Rentenreform ein, eine Maßnahme, von der er weiß, dass sie massiv, sehr massiv, unpopulär ist. Ernsthaft, ist das seine Priorität? Ist es ein Gebot der Stunde, einen ausgeglichenen Haushalt irgendwann zu erreichen? Ist es ein Muss, zusätzlich Streiks und Demonstrationen zu verursachen?"

Diese Diagnose hat sich seitdem weitgehend bestätigt.

Da ist die **Ungerechtigkeit der Maßnahme**, die Körper trifft, die bereits abgenutzt sind, Geister, die bereits ausge-

brannt sind, diese Frauen und Männer, die "das Land aufrecht gehalten" haben, denen der Präsident "Anerkennung" und "Bezahlung" versprochen hatte, und die stattdessen eine Strafe erben: zwei weitere Jahre. Die Gewerkschaften setzen sich dagegen ein. Die Linke ebenfalls. Ich auch, das versteht sich von selbst.

Aber darüber hinaus. Selbst wenn man rechts, in der Mitte, im Nirgendwo ist, selbst wenn man diesen "Klassen"-Blick ablehnt, selbst wenn man für Ungerechtigkeit wenig empfänglich ist, dafür umso mehr für Defizite: Es gibt den Schaden, der Frankreich zugefügt wird.

Letztes Jahr habe ich im Zuge der Wahlen meine Besorgnis insbesondere über einen geografischen **Riss zwischen Paris, der Île-de-France und den Metropolen auf der einen Seite und dem "Frankreich der Dörfer"**, dem "Frankreich der Kreisverkehre", den "Randgebieten" auf der anderen Seite zum Ausdruck gebracht. In meinem Departement haben die Kandidaten der Macronisten in mehr als der Hälfte der Wahlkreise nicht einmal die zweite Runde erreicht! Und um am Ende nur eine einzige gewählte Vertreterin zu haben, Barbara Pompili, in den Vierteln, denen es gut geht, in Amiens. Gegen zwei vom Rassemblement National, 8 von 17 in der Picardie, fast die regionale Mehrheit...

Wie hätte man einen solchen Alarm ignorieren können?

Die **Macronie** ist im Gegensatz zu einer klassischen Rechten ohne Wurzeln im Land. Es ist eine Bewegung, die schwebt, in sozialer Schwerelosigkeit, ohne in der Gesellschaft verankerte Nerven, in der Disruption der Start-up-Nation. An der Spitze steht Emmanuel Macron, der ein Abbild dieser Klasse ist, der aus Narzissmus und Maßlosigkeit besteht und nicht weiter als bis zum Ende der Peripherie oder bis Le Touquet sieht... Die Arbeit zum Beispiel, die

wirkliche Arbeit, die ich als Kern des Unbehagens bezeichnete: "Man arbeitet und hat doch nichts davon", "Man arbeitet und kommt doch nicht zurecht", mit dieser Mischung aus Stolz auf die Arbeit, Schmerz bei der Arbeit und dem Gefühl, seine Arbeit nicht gut zu machen - was haben sie davon gehört? Haben sie etwas behalten? Nichts.

Was hat man dann in diesem Winter gesehen, ebenfalls in meinem Departement? **Demonstrationen**, nicht nur in Amiens, sondern auch dreitausend Menschen in Abbeville (ich habe sie gezählt!), lange nicht mehr gesehene Demonstrationszüge in Péronne, Albert, Doullens, Friville-Escarbotin, dreißig Kreisverkehre, die am 7. März blockiert wurden, auch von Handwerkern. Ein Erwachen, tiefgreifend, dank des Zusammenschlusses der Gewerkschaften, die der Wut ein Sprachrohr geboten haben. Und gleichzeitig ein gewisses Maß an Resignation, weil unser Leben nicht zählt, unsere Meinung noch weniger, weil man uns dort oben nicht hören will. Am Ende wollte kein Abgeordneter aus dem Departement Somme für das Gesetz stimmen, keiner, weder der Republikaner Emmanuel Maquet noch die Abgeordnete der Mehrheit.

Was bei mir zu Hause gilt, gilt auch anderswo. An diesem Donnerstagabend, nach dem 49.3, diskutierte ich in der Kneipe der Nationalversammlung mit Mitgliedern der LR. Die Abgeordneten aus den ärmeren und ländlichen Gebieten haben sich dagegen gewehrt, weil sie spürten, dass es bei den Menschen nicht ankommt.

Große Teile des Landes haben sich abgewendet. Die Wahlergebnisse zeigten es bereits, jetzt ist es noch schlimmer: **Emmanuel Macron verfügt nur über eine schmale, engstirnige soziale Basis**. Sein Fehler, sein großer Fehler, bestand von Anfang an darin, dass er diese Schwäche nicht berücksichtigt hat. Stattdessen, mit Arroganz und Allmacht, kompensiert er dies mit Brutalität. Er hat sich für den Durchmarsch entschieden. Gegen zwei von drei Franzosen. Gegen vier von fünf Arbeitnehmern. Gegen die vereinten Gewerkschaften. Und nun auch gegen ein Parlament, das mit "Nein" gestimmt hätte. Und trotz alledem will er alleine weitermarschieren. Das ist Wahnsinn.

Er muss zur Vernunft kommen. Und sei es nur, um aus seiner Isolation, seiner Entfremdung herauszukommen. "Schreiende Einsamkeit des Präsidenten", meldet La Montagne, "Gibt es noch einen Piloten im elysischen Flugzeug, der verantwortlich und mit beiden Beinen auf dem Boden steht, der sich des Chaos, das er in seinem eigenen Land anrichtet, voll bewusst ist?", fragt Midi libre. Die Regionalpresse macht ihn nieder, aber auch Le Figaro, selbst Les Echos, machen ihm keine Geschenke, und noch mehr die internationale Presse - die von ihren Flitterwochen mit dem "leader of the free market" zurückgekehrt ist. Die New York Times spricht von einem "geschwächten und isolierten Macron". Die deutsche Zeitung Die Zeit ist nicht zarter: "Es gibt Reformen, von denen sich eine Regierung nie wieder erholt". Unsere englischen Freunde, die wahrscheinlich immer noch von ihrer historischen Niederlage im Rugby betroffen sind, schimpfen auf eine "lahme Ente".

Ich habe das soziale Vakuum beschrieben, in dem Macron schwebte. **Der 49.3 ist der Beginn seines freien Falls**. Aber Sie wissen ja: "Das Schwierigste ist nicht der Fall, sondern die Landung". Er kann noch den Fallschirm auspacken: "Ich habe Sie verstanden, wir werden uns um andere Dinge kümmern". Aber wenn er darauf beharrt, wird es weh tun. Wenn es nur um ihn ginge, wäre es egal: Aber es wird wehtun, es tut bereits weh, und zwar der ganzen Republik. Kurz gesagt, er soll sich ändern oder wir sollen ihn ändern.

Er soll es zunächst einmal zugeben, und diese Feststellung würde auch für uns gelten: **Frankreich ist von Brüchen durchzogen und in drei Blöcken gespalten**, den liberalen, den rechtsextremen und den linken, von denen heute keiner behaupten kann, die Mehrheit zu stellen. Im Falle einer Auflösung würde es wahrscheinlich keiner von ihnen werden. Was sollte ein Präsident der Republik also tun? Alles, um die Brüche zu kitten und das Land wieder zusammenschweißen. Stattdessen reißt Emmanuel Macron das Land weiter auseinander, streut Salz auf die Wunden. Im Bewusstsein seiner Zerbrechlichkeit sollte er maßvoll, weise und, ich würde sogar sagen - trotz des Spotts - zärtlich handeln. Die Französinnen und Franzosen sollten sich beachtet und geliebt fühlen.

Und er sollte uns schließlich, vor allem, auf gemeinsame Ziele ausrichten. Haben die Arbeitnehmer heute, an den Tagen der Demonstrationen, Freude daran, Tagelöhne zu verlieren? Nein. Im Gegenteil, das belastet den Geldbeutel. Sie möchten einfach nur ihren Beruf ausüben, pflegen, unterrichten, fahren, bauen, so gut sie können, mit dem Recht, davon zu leben und nicht nur zu überleben, und dabei respektiert werden. Sie sind sich bewusst, dass Frankreich Arbeit braucht, ihre Arbeit.

Um die Säulen der Nation wieder aufzubauen: das Krankenhaus, das heute in Fetzen liegt, und die Schule, die ihre schwarzen Husaren per Job-Dating rekrutiert. Für unsere Reaktoren fehlt es an Schweißern, wir wenden uns an Kanadier und Amerikaner. Und unsere Züge, die TER und die RER, kommen nicht mehr pünktlich an, weil es an Lokführern mangelt. Bringen wir sie wieder auf die Beine, gemeinsam mit den Arbeitnehmern. Das ist eine Ambition, ein gemeinsames Ziel.

Und natürlich, um dem Klimaschock zu begegnen: Anpassung unserer Landwirtschaft, unserer Wohnungen, unserer Verkehrsmittel... Um diese außergewöhnliche und gefährliche Herausforderung zu meistern, müssen wir den guten Willen des Landes, das gesamte Kapital, die gesamte Arbeitskraft, das gesamte Know-how, die gesamte Intelligenz... vereinen, zusammenführen und kanalisieren.

Stattdessen führt uns Macrons Wahnsinn zu einem riesigen Schlamassel. Er blockiert das Land, er verstopft es, er erstickt seine Energien. Und wofür das alles? Um 0,1 Prozentpunkte des BIP einzusparen!

Das war zweifellos anfangs so, um "die Märkte zu beruhigen", diesen neuen Minotaurus. Aber heute ist es einfach ein Marker für Autorität: Wie er eines Abends zugab, "steht

die Autorität Ihres Dieners auf dem Spiel". Oder auch: damit er "eine Spur in der Geschichte hinterlässt". Und in der Tat, was für ein Ruhm!

Im aktuellen Kampf müssen wir natürlich "dagegen" sein, gegen die Rente mit 64, gegen Macron und seine Welt. **Aber es liegt an uns, als echter Kontrapunkt aufzutreten:** Wir werden die Brüche zu kitten wissen, wir werden es wollen, wir werden alles dafür tun. Wir werden keine Bruta-

lität anwenden, sondern im Gegenteil mit offenen Armen über unser Lager hinaus mit Weisheit und Zärtlichkeit zusammenführen. Wir werden den Französischen und Franzosen, die guten Willens sind, gemeinsame Ziele anbieten.

Die Krise, die natürlich eine politische Krise ist, erfordert eine politische Lösung, die die Wut, das Ressentiment und die Gleichgültigkeit in eine große Hoffnung verwandelt.

[Mediapart-Blog](#)

François Ruffin: Die Rolle der Linken

Ich möchte diese Krise in einen längeren Zeitraum einordnen. Wachstum, Wettbewerb, Globalisierung ziehen die Menschen nicht mehr an, diese Worte beunruhigen sie, sie ekeln sich vor ihnen. Von daher, so Gramsci weiter, "gelingt es der herrschenden Klasse nicht mehr, zu führen, sondern nur noch zu herrschen, und zwar durch Zwangsgewalt". Der neoliberale Block bricht nicht zusammen, das dürfen wir nicht glauben, aber er bröckelt, und zwar über einen längeren Zeitraum, ein kontinuierlicher Prozess mit gelegentlichen Schocks. [...] Einige Teilchen werden sich noch vom Zentralblock lösen, entweder weil "zwei weitere Jahre ungerecht sind" oder weil "wir nicht in einer Demokratie leben": Wohin werden sie gehen? Zu uns? Zur extremen Rechten? In die Enthaltung-Resignation? Das Spiel ist eröffnet. Aber je mehr sich heute bewegt, je mehr Menschen sich zusammenschließen, je mehr wir von statisch zu dynamisch übergehen, desto mehr Chancen haben wir für morgen. [...]

Innerhalb der Grenzen, die ihnen gesetzt sind, haben die Gewerkschaften bislang aus meiner Sicht super gut gespielt. Den Gewerkschaften ist es gelungen, das richtige Tempo zu finden, um die Menschen aufzuwecken und in den Regionen mit Überzeugungsarbeit im Verborgenen für Bewegung zu sorgen. [...] Und sie haben ihrer Basis, den Gewerkschaftsverbänden in den Departements, Spielraum und Flexibilität gelassen, was die Aktionsformen betrifft: Demonstrationen, Streiks, Blockaden, Besetzungen... Wenn die Streiks nicht mächtig sind, dann liegt das, glaube ich, nicht daran, dass die großen gefiederten Chefs da oben das nicht wollen. Zweifellos wollen das nicht alle. Aber es sind die Leute, vor allem unten, die keine Vollversammlung initiieren, die in ihrer Firma oder ihrer Schule die Arbeit nicht einstellen, ... [...]

Schließlich ist es auch den Gewerkschaften zu verdanken, dass das Gesetz keine Mehrheit in der Versammlung hatte. Sie waren es, die auf die Abgeordneten der Macronisten oder der Republikaner zugegangen sind und sie durch Bürgerlobbyarbeit überzeugt haben. Sie waren es, die die Regierung zum 49-3 gezwungen haben.

Es geht es nicht darum, sie zu überfordern, sondern sie zu ergänzen. Es gibt Teile der Gesellschaft, in denen die Gewerkschaften nicht wissen, was sie tun sollen, nicht präsent sind, und das ist nicht ihre Aufgabe. Die Arbeiterviertel zum Beispiel, oder die Jugend, oder die Handwerker, oder die Isolierten, das müssen andere, wir, zurückbringen, und wir sind noch nicht am Ende.

Gramsci sagt, dass "man die Massen nicht auf molekulare Weise erobert, sondern über ihre organischen Intellektuellen". Wer sind diese heute? Fußballer, Rapper und ... Influ-

encer. Léna Situations hat viel für die Mobilisierung getan! Wenn dir jemand auf TikTok erklärt, wie du dich für eine Demo kleiden sollst, zählt das!

Welche Rolle kann die Linke in dieser Landschaft spielen? Mai 68 bedeutet für mich Mai 1981, die Streiks von 1995 ergeben Jospin, die Rentenbewegung von 2010 Sarkozy bringt Hollande... Wenn man diese drei Fälle aufzählt, wird klar, warum das politische Ergebnis nicht appetitanregend ist. Jedes Mal waren es Enttäuschungen oder Verrat. Diese Erfahrungen wiegen schwer in den Köpfen der Menschen. Und die andere Tatsache: Es gibt jetzt einen anderen Ausweg, einen anderen möglichen Ausweg aus der Wut, und das ist der Rassemblement National.

Wenn wir gewinnen, ist das natürlich ein Sprungbrett für die Linke. Wir, die Gewerkschaften und die Aktivisten, werden diesen Sieg errungen haben. Aber selbst wenn wir nicht gewinnen, je stärker die Bewegung ist, je mehr Menschen sie an fortschrittliche Ideen bindet, je mehr die soziale Frage in den Mittelpunkt der Debatten gestellt wird, desto besser ist es für uns. Das Abwärtsgefälle, das Gefälle der Gleichgültigkeit, das Gefälle des Ressentiments, ist nicht in unsere Richtung, sondern geht in Richtung der Rassemblement National. Wir müssen den Hang hinaufklettern, die Resignation nicht stagnieren lassen, sondern sie in eine Hoffnung umwandeln. Und das müssen wir auf die eine oder andere Weise mit den Gewerkschaften tun, die ihre Rolle gezeigt haben...

Vor allem die Frage der Arbeit, die die Unterschicht untergräbt, muss wieder in den Mittelpunkt eines linken Diskurses gerückt werden.

Wir müssen Antworten auf umfassende Fragen finden: das Krankenhaus, das in Fetzen liegt, die Schule der Republik, die ihre Lehrer per Job-Dating rekrutiert, die Eisenbahn, die entgleist, die irrsinnigen Energiepreise, der Mangel an Medikamenten... All diese Fehler zur gleichen Zeit sind keine Zufälle. Es ist ein und dasselbe System, das am Ende ist: vierzig Jahre "Abbau der Defizite", "freier und unverfälschter Wettbewerb", "freier Kapital- und Warenverkehr".

Wir müssen aus der neoliberalen Klammer, die 1983 geöffnet wurde, herauskommen, wobei die Klimakrise noch hinzukommt. Alles muss umgestaltet werden: die Industrie, der Wohnungsbau, die Fortbewegung... Das sind unsere wahren Herausforderungen. Und ich mache vor allem Macron für diese riesige Verschwendung verantwortlich: Wir sollten uns zusammenschließen, die Ärmel hochkrempeln, um all das mit Energie und Lust anzugehen, und stattdessen was macht er? Schwachsinnige Gegenreformen
<https://francoisruffin.fr/actu/blog/> (Auszüge)

Sophie Binet, Generalsekretärin der Ugict-Cgt

49-3: Sie sind eine Handvoll, wir sind Millionen!

17.3.2023 - Mit seiner Entscheidung, die Reform mit Gewalt durchzusetzen, fügt Emmanuel Macron der sozialen Krise eine **demokratische und politische Krise** hinzu. Élisabeth Borne wird sich mit einem hochriskanten Misstrauensantrag auseinandersetzen müssen, während 71 % der Franzosen/-innen den Rücktritt der Regierung wünschen. Die Wut, die der 49-3 hervorgerufen hat, entspricht der Gewalt der Reform. Sie ist enorm. Und das ist es, was es uns ermöglichen wird, ihre Rücknahme zu gewinnen, so wie die des CPE, der einen Monat nach seiner Verabschiedung durch den 49-3 und zehn Tage nach seiner Verkündung zurückgenommen wurde. Unsere Antwort muss entsprechend ausfallen.

Dank der historischen Aktionstage, die den Rekord aller Mobilisierungen seit 1945 brechen, dank der fortgeführten Streiks, insbesondere im Energiesektor, in der Abfallwirtschaft, im Transportwesen, in der Glasindustrie, in den Häfen usw., steigt der Druck. Aber auch die Repression mit inakzeptablen Beschlagnahmungen und Gerichtsverfahren gegen Aktivistinnen und Aktivisten, insbesondere in der Energiewirtschaft.

Wir müssen also so schnell wie möglich ausweiten und in den bereits mobilisierten Sektoren verstärken. Wir können noch weiter ausweiten und neue Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in die Aktion einbeziehen. Organisieren wir überall Generalversammlungen, wo über den Streik und seine Verlängerung entschieden wird, mit dem Streik- und Demonstrationstag am 23. März als Höhepunkt, zu dem das Gewerkschaftsbündnis aufgerufen hat. Er muss zu einer wahren Flutwelle werden. Streiks benachteiligen die Wirtschaft bereits stark. Nach Angaben der Arbeitgeber kostet sie jeder Aktionstag zwei Milliarden Euro Umsatz. Der 15-tägige Streik im Energiesektor hat die Arbeitgeber bereits 800 Millionen Euro gekostet und der Druck auf die Gasvorräte steigt; die Beispiele ließen sich beliebig fortsetzen. Führungskräfte wie auch technische und mittlere Berufe, unsere Mobilisierung wiegt schwer. Wenn wir uns als Streikende zu erkennen geben, hat dies eine starke Sogwirkung auf andere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir nehmen strategische Positionen ein, haben Zugang zu sensiblen Informationen und sind die ersten Ansprechpartner der Unternehmensleitung.

Wenn wir streiken, ist der "König nackt" und die Unternehmensleitungen haben Angst! Also lasst uns loslegen! Treffen wir uns mit unseren Kollegen, um über den Streik in den am besten geeigneten Formen zu entscheiden. In einigen Unternehmen haben leitende Fachkräfte und Ingenieure beispielsweise beschlossen, eine Stunde pro Tag zu streiken, E-Mail-Streiks durchzuführen, die Weitergabe strategischer

Informationen zu blockieren, Sicherheitsverfahren strikt anzuwenden, um die Produktion zu verlangsamen.

Im Anschluss an die Versammlungen, die am 16. März in ganz Frankreich als Reaktion auf den 49-3 organisiert wurden, werden an diesem Wochenende überall Initiativen organisiert, um eine die Streiks ergänzende Bürgermobilisierung zu ermöglichen. [...]

Besetzen wir die Plätze, zum Beispiel vor den Präfekturen und Unterpräfekturen, um einen demokratischen und sozialen Frühling zu eröffnen. Seien wir jedoch mehr denn je wachsam gegenüber dem Aufstieg der extremen Rechten, die im Schatten lauert und versucht, die Wut zu vereinnahmen. Entlarven wir den Schwindel der Rassemblement National, die sich systematisch gegen jede Lohn- und Beitragserhöhung ausgesprochen hat und behauptet, unsere Renten durch ihre fremdenfeindliche Politik der nationalen Präferenz zu finanzieren.

Sie sind eine Handvoll, wir sind Millionen! Wir waren dem Sieg noch nie so nahe, also lasst uns die Mobilisierung verstärken!

Übersetzung von <https://syndicollectif.fr/ils-sont-une-poignee-nous-sommes-des-millions/>



„Ich will nicht noch mehr arbeiten –
ich will Zeit zum Leben haben!“

Solidarität in anderen Ländern – u.a. in Berlin

Arbeitskreis Internationalismus der IG Metall Berlin:

Kundgebung vor der Französischen Botschaft am 7. März 2023: Die französischen Gewerkschaften wollen Macrons Rentenpläne zu Fall bringen – unterstützen wir ihren Kampf! **Aufruf; Fotos, Texte und Videos** des AK

Drei Vorschläge von Info'Com-CGT, um die sozialen Bewegungen zu unterstützen und die CGT zu vereinen

1. Die Sozialversicherung und ihre Verwaltung zurückerobern.

Die laufende soziale Bewegungen gibt der gesamten Gewerkschaftsbewegung CGT einen wichtigen Anlass, sich einer Herausforderung zu stellen: der Rückeroberung einer Sozialversicherung, die vom Liberalismus irregeleitet, missbraucht und ausgeplündert wurde. Wie alle Gewerkschaftsmitglieder der CGT und die gesamte Arbeiterbewegung versteht Info'Com-CGT das Ausmaß der Ablehnung von 64 Jahren und 43 Beitragsjahren wie eine Brandmeldung: Die Lebenserwartung ist angegriffen, das gesamte Gebäude des Sozialschutzes ist das Ziel. Die Attacken auf die Arbeitslosenversicherung zeigen, wie weit die Regierung alle Sozialleistungen zerschlagen will.

Die CGT ist aufgerufen, auf dem nationalen Kongress ihrer Gewerkschaften vom 27. bis 31. März 2023 in Clermont-Ferrand eine Kampagne zur Wiedererlangung der Führung der Sozialversicherung zu starten, von der sie, die Vertreter/innen der Arbeitnehmer/innen im Allgemeinen und die Sozialversicherten nunmehr praktisch ausgeschlossen sind.

Über die Rücknahme der 64 Jahre und die Rückkehr zu 60 Jahren hinaus geht es darum, insbesondere die Verordnungen vom Oktober 1967 und die Gesetze von 1996 aufzuheben und die Finanzierung des Sozialschutzes wieder auf den Beitrag zu basieren, mit der Forderung nach einem Ende der Arbeitgeberbefreiungen und der CADES (Kasse zur Tilgung der Sozialschulden).

2. Die kämpfenden Verbände und Gewerkschaften ansprechen und in alle Richtungen kommunizieren.

Trotz der Blockadehaltung der Medien, die in den Händen der großen kapitalistischen Konzerne und des neoliberalen Staates liegen, sind fast alle Erwerbstätigen, die Mehrheit der Rentnerinnen und Rentner, die Frauen und die Jugendlichen weiterhin für die Rücknahme. Es ist ein völlig neuer Moment, der sich für zahlreiche Kommunikationsinitiativen anbietet, um in allen Formaten und für alle Zielgruppen Aufklärungs- und Mobilisierungskampagnen zu starten.

Im Hinblick auf dieses Ziel, das der gesamten CGT gemeinsam ist, das sie zusammenführt und in die Zukunft weist, stellt sich Info'Com-CGT den kämpfenden Verbänden und ihren Gewerkschaften zur Verfügung:

mit ihren militanten Kräften für jede Initiative, Blockade oder andere Aktion, die es der Bewegung ermöglicht, voranzukommen und zu gewinnen;

durch ihre Kommunikationsmittel und ihr anerkanntes Know-how, Materialien zu erstellen, um in dieser entscheidenden Zeit eine Kampagne zu führen.

3. Koordinieren von Solidaritätskassen für eine größere Effizienz und Hilfe für Streikende.

Der Aufbau von Solidarität ist das Fundament des CGT-Gewerkschaftswesens. Die Streikkassen repräsentieren erfolgreich diesen entscheidenden Aspekt der Gewerkschaftsaufgaben, eine konkrete, einheitliche, permanente Praxis der gegenseitigen Hilfe und Solidarität. Sie stellen eine Verbindung zwischen der Vergangenheit und der Zukunft des Syndikalismus her.

Info'Com-CGT ist der Ansicht, dass Streikkassen, unabhängig davon, wer sie initiiert hat, am meisten davon profitieren, wenn sie ihre Bemühungen koordinieren und durch diese Koordination die Wirksamkeit und Nachhaltigkeit ihres Vorgehens gegenüber Streikenden sicherstellen, die von uns effiziente und transparente Instrumente erwarten. Aus diesem Grund schlägt die Gewerkschaft Info'Com-CGT als Trägerin der ersten Streikkasse in Frankreich dem Gewerkschaftsbund eine solche Koordinierung vor, die von dem einheitlichen und brüderlichen Geist geleitet wird, der für diese Übung angemessen ist, und im Namen der Wirksamkeit und der Unterstützung der Kämpfe, die durch die arbeitsmarktpolitischen Erpressungen und die Inflation schwieriger geworden sind.

Veröffentlicht am Mittwoch 22 März 2023

Übersetzung aus [infocomcgt](#)

Weitere Informationen

Dokumentation mit Texten u.a. von Attac Frankreich, Gewerkschaften und Alternatiba

Kleine Fotoausstellung, 16.3.2023 [Portfolio von Mediapart](#)

Bundesarbeitsgruppe Europa von Attac DE: Dokumente über Frankreich (fortlaufend aktualisiert)

Labournet-Dokumentation (6.3.23) **Video über den Aktionstag in Frankreich am 19.1.23** ([Labournet](#));

Rosalux, 26.1.2023: Macrons Machtpoker - Die zutiefst unpopuläre Rentenreform des französischen Präsidenten könnte über das Schicksal seiner Regierung entscheiden

Werner Rügemer: Macron, BlackRock & Co Bedeutung der demokratischen Opposition in Frankreich für ganz Europa

Französische Quellen: <https://64anscestnon.org/>, [Attac France](#) ; Dokumentation von Demonstrationen und weiteren Streiks <https://www.facebook.com/luttesinvisibles/> ; [francetvinfo.fr](#) , [humanité](#) , [mediapart](#),

Breite Debatte mit aktiven Gewerkschaftsmitgliedern, VertreterInnen von Gewerkschaften und von Parteien, WissenschaftlerInnen, Journalisten am 13.3. bei Mediapart (4,5 Stunden.... Ausschnitte mit Untertiteln, 30 min)

Griechenland

Massenstreiks und Proteste in Griechenland

„Wir werden nicht vergessen, wir werden nicht verzeihen!“

Seit dem schweren Zugunglück in Griechenland, bei dem ein Intercity-Zug aus Athen mit 350 Fahrgästen frontal mit einem entgegenkommenden Güterzug nahe der Ortschaft Tempi frontal zusammenstießen und 57 Menschen – überwiegend junge Leute - den Tod fanden, kommt das Land nicht zur Ruhe. Mit einem landesweiten Generalstreik legten Gewerkschaften am 9. März das Land still. Alle öffentlichen Verkehrsmittel blieben in den Depots und alle Flüge und Fährschiffe fielen aus.

Trauer, aber auch Wut erfüllt die Menschen. Zigtausende Demonstranten gingen in Athen, Thessaloniki und in anderen Städten auf die Straßen und skandierten „Wir werden nicht vergessen, wir werden nicht verzeihen!“ Und immer wieder gibt es neue Streiks und Proteste. Die griechischen Eisenbahner waren nach dem schwersten Zugunglück, das es je in Griechenland gab, in einen Dauerstreik getreten. Das Unglück hätte vermieden werden können. Die Bahngewerkschaft übt fundamentale Kritik an fehlerhaften Sicherheitssystemen. Erst drei Wochen vor der Katastrophe hatten Bahngewerkschafter in einem Brandbrief den Verkehrsminister endlich zum Handeln aufgefordert. Weichen werden auf dieser vielbefahrenen Strecke – wie vor 100

Jahren - von Hand gestellt, die Züge telefonisch angekündigt. Die bei Protesten vereinten Menschen fordern lückenlose Aufklärung. Ihr Zorn richtet sich vor allem gegen Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis. Immer wieder wird dessen Rücktritt gefordert wird. Die für Anfang April geplanten Parlamentswahlen wurden auf Mai verschoben.

Winfried Wolf, 4.3.2023: [Das Eisenbahnunglück in Griechenland und die Verantwortung der EU](#)

Winfried Wolf lenkt den Blick auf drei Komplexe: - die griechische Strukturkrise mit Sparplänen von IWF, EU und internationalen Banken, - die Privatisierung der staatlichen Eisenbahn und - die italienische Staatsbahn als Betreiberin der Strecke. Sein Fazit: Die Europäische Union trägt für den Zustand des Landes im Allgemeinen und für den Zustand der griechischen Eisenbahn im Besonderen die entscheidende Verantwortung.

Das Privatisierungswerk der Troika ab 2010 in Griechenland trägt bis heute Früchte und hat Folgen –

[Kommentar](#) von **Frank Blenz**

[Griechenlands Schulden – Bericht der Wahrheitskommission, Juli 2015](#)

„Die Orbánisierung Griechenlands - das autoritäre System des Kyriakos Mitsotakis“

Mitte der 2010er Jahre war Griechenland ein großes Thema in Europa. Die EU, der IWF und die Europäische Zentralbank zwangen Griechenland, die Staatsausgaben extrem zu senken, was zu humanitärem Elend führte. Wie sieht es heute aus in dem Land am Rande Europas?

Das **Bündnis Griechenlandsolidarität Berlin**, Respekt für Griechenland e.V., attac Berlin, das Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung und das Europareferat der Rosa-Luxemburg-Stiftung luden gemeinsam zum 24. März 2023 zu Vorträgen und Debatten in die Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin ein.

Schockierende Inputs gab **Iason Apostolopoulos**, einer der bekanntesten Flüchtlingshelfer Griechenlands und scharfer Kritiker der Politik gegen Geflüchtete in Griechenland und an den europäischen Außengrenzen. Er berichtete von schlimmsten staatlichen Maßnahmen gegen Geflüchtete und Flüchtlingshelfer, die so gut wie alle europäischem und internationalem Recht widersprechen und mit Gewalt verbunden sind.

Den zweiten Input gab **Stavros Malichudis**. Er ist der erste Journalist, bei dem herausgefunden wurde, dass er überwacht wurde. Er sprach differenziert über Einschränkungen demokratischer Rechte und Freiheiten in vielen gesellschaftlichen Bereichen.

Im Ranking von „Reporter ohne Grenzen“ wird die Pressefreiheit in Griechenland als die schlechteste in Europa bewertet. Die Justiz wird geschleift. Ministerpräsident Kyria-

kos Mitsotakis hat ein extremes System der Überwachung installieren lassen, von dem nicht nur seine Kritiker, sondern auch die höchsten Militärs und Minister seiner eigenen Regierung betroffen sind. Brutalität der Polizei wird als Einschüchterungsmethode benutzt. Die Öffentlichkeitsarbeit der Regierung ist zur Fake News Maschine geworden. Auch der Ministerpräsident persönlich scheut nicht vor Rufmord an JournalistInnen zurück.

Im zweiten Teil des Abends diskutierten **Gaby Bischoff**, MdEP SPD, **Clara Bünger**, MdB Die Linke und **Erik Marquardt**, MdEP Bündnis 90/Die Grünen mit den griechischen Gästen und dem Publikum zu den Fragen: Was kann und sollte europäische Politik oder auch die Bundesrepublik Deutschland tun, um dem Abbau demokratischer Rechte in Griechenland zu begegnen?

Moderatorin war **Margarita Tsomou**, Kultur- und Theaterwissenschaftlerin, Performancekünstlerin und Aktivistin Die Veranstaltung fand auf Deutsch und Griechisch statt und wurde simultan gedolmetscht.

Ein beunruhigendes und nachhaltiges Erlebnis.

Barbara Fuchs

Podcast von Deutschlandfunk Kultur, 25. 03. 2023: KulturPolitik „Orbánisierung Griechenlands“ – Interview mit Margarita Tsomou - Polizeigewalt gegen Demonstrierende und Geflüchtete, Bespitzelung der Presse: Die Theatermacherin Margarita Tsomou sieht Griechenland auf autoritärem Kurs wie Polen und Ungarn. Regierungskritische Journalisten würden gezielt schikaniert, sagt sie.

Sand im Getriebe: [Artikel über Griechenland](#) u.a. in SiG [81](#), [83](#), [90](#), [91](#), [95](#), [96](#), [109](#), [114](#), [115](#), [116](#), [117](#), [129](#)

Großbritannien

Branchen- und gewerkschaftsübergreifende Streikwelle

Seit Sommer 2022 gehen in Großbritannien Hunderttausende aus den Bereichen Transport, Gesundheit, Ausbildung, Öffentliche Dienste sowie aus dem privaten Sektor, zu denen Schuhfabriken, Kekshersteller, aber auch Amazon und einige Flughäfen zählen, auf die Straße. Es droht der erste Generalstreik seit 100 Jahren.

Die Gründe hierfür liegen in der Inflation, in der Sparpolitik seit den 2010er Jahren, in den prekären Arbeitsverhältnissen, in der Privatisierung und in Angriffen auf die Gewerkschaften durch ein neues Streikgesetz.

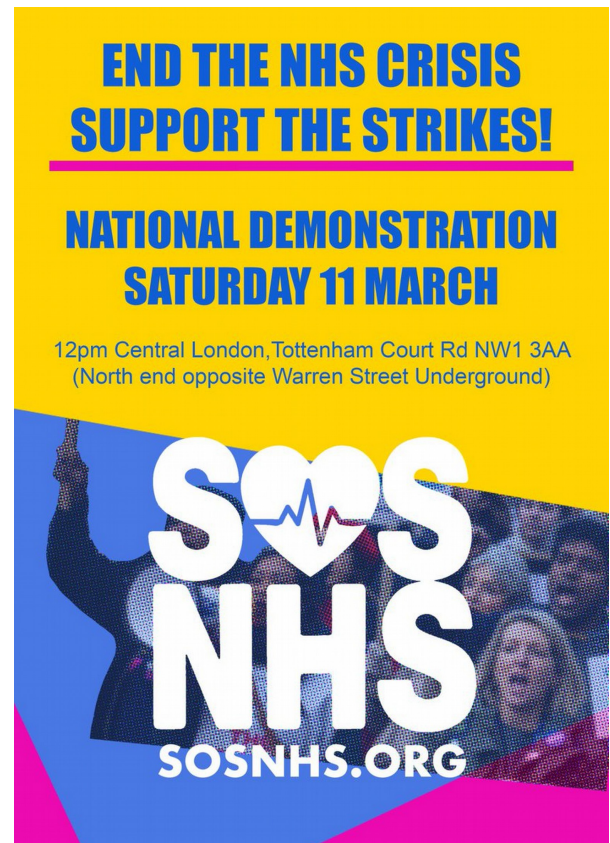
Die Streikenden fordern höhere Löhne, sichere Arbeitsplätze, das Ende prekärer Arbeitsverhältnisse und der Privatisierung sowie die Anerkennung der Gewerkschaften.

Die Arbeitskämpfe haben politischen Charakter, denn sie beschränken sich nicht auf Lohnforderungen sondern richten sich auch gegen Gesetze der Regierung, die prekäre Arbeitsverhältnisse ermöglichen und das Streikrecht einschränken.

Informationen:

<https://www.vorwaerts.de/artikel/grossbritannien-erste-generalstreik-seit-100-jahren-droht>

<https://www.labournet.de/category/internationales/grossbritannien/arbeitskaempfe-grossbritannien/>
Labournet: 15. März 2023 streikten mindestens acht Sektoren gegen die Haushaltsabstimmung



Deutschland

27. März 2023: Warnstreik der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG)

Für den 27. März 2023 riefen ver.di und EVG zu einem bundesweiten Warnstreik im Verkehrssektor auf, um ihrer Forderung nach deutlichen Lohnerhöhungen Nachdruck zu verleihen. Die Reallöhne waren in den letzten Jahren merklich gesunken.

Nun fordert ver.di für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen eine Lohnerhöhung von 10,5 Prozent, mindestens aber 500 Euro für alle pro Monat bei einer Laufzeit von 12 Monaten, die EVG fordert 650 Euro für alle, alternativ 12 Prozent mehr pro Monat, ebenfalls bei einer Laufzeit von 12 Monaten.

An dem Warnstreik beteiligten sich laut Angaben von ver.di rund 120.000 Beschäftigte, an den Warnstreiks der vorangegangenen Wochen mehr als 400.000.

Die Arbeitgeber von Bund und Kommunen hatten zuletzt eine Erhöhung um drei Prozent zum 1. Oktober 2023 und um zwei Prozent zum 1. Juni 2024 bei einer Laufzeit von 27 Monaten und zusätzlich einen Inflationsausgleich von

insgesamt 2.500 Euro angeboten. Von ver.di wird das Angebot als „Frechheit“ und „krass unsozial“ bezeichnet. Die Deutsche Bahn hatte eine Erhöhung um 5 Prozent bei einer Laufzeit von 27 Monaten und eine Einmalzahlung von 2.500 Euro angeboten, was von der EVG abgelehnt wurde.

Unterstützung erhielt der Warnstreik von [Fridays for Future](#). Mehrere Ortsgruppen beteiligten sich.

Quellen und weitere Informationen

ver.di: [Übersicht - Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst und bei Bahn- und Busunternehmen](#) (23.3.2023) – [Das Angebot ist eine Frechheit!](#) (23.2.23.) – [Arbeitgeber treiben soziale Spaltung voran](#) – [Solidaritätsbotschaften](#)

EVG: [Tarifrunde 2023: Arbeitgeber verhöhnt Beschäftigte mit Scheinangebot](#) – [Bundesweiter Warnstreik der EVG am 27.03.2023](#)

Labournet: [Seite zu der Tarif- und Besoldungsrunde 2023](#)

Newsletter von Attac Hamburg Krankenhausreform - eine Revolution?

Die „Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung“ veröffentlichte am 6. Dezember 2022 ihre Vorschläge für eine „[Grundlegende Reform der Krankenhausvergütung](#)“. Auf einer Pressekonferenz am gleichen Tag wartete Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach mit der für Attac und andere Organisationen nicht gerade verblüffenden Erkenntnis auf, dass das System der Fallpauschalen ein Irrweg ist. In einer [Presseerklärung](#) des Gesundheitsministeriums wird er mit den folgenden Worten zitiert: „Patientinnen und Patienten sollen sich darauf verlassen können, dass sie überall, auch in ländlichen Regionen, schnell und gut versorgt werden sowie medizinische und nicht ökonomische Gründe ihre Behandlung bestimmen. Dafür müssen wir das Fallpauschalen-System überwinden. Wir haben die Ökonomie zu weit getrieben. Eine gute Grundversorgung für jeden muss garantiert sein und Spezial Eingriffe müssen auf besonders gut ausgestattete Kliniken konzentriert werden. Momentan werden zu oft Mittelmaß und Menge honoriert. Künftig sollen Qualität und Angemessenheit allein die Kriterien für gute Versorgung sein.“ Nun könnte man meinen, dass diese Erkenntnis zu einer Abschaffung der Fallpauschalen führen müsste. Das wird sie nicht. Außerdem ist mit weiteren Krankenhausschließungen zu rechnen.

Die Fallpauschalen werden teilweise in eine Vorhaltepauuschale umgewandelt, die bis zu 60 Prozent des Niveaus der Fallpauschalen betragen kann. Die bisherige Gliederung der Krankenhäuser nach Versorgungsstufen (Grund- und Regelversorgung, Schwerpunktversorgung, Maximalversorgung) wird durch eine Einteilung in drei sogenannte Levels ersetzt. Jedes Level wird an Leistungsgruppen gekoppelt, die den einzelnen Krankenhäusern zugeteilt werden. Für jedes Level gelten Mindestvoraussetzungen, die überprüft und dokumentiert werden. Das heißt, dass die Krankenhäuser ständig ihre Existenzberechtigung nachweisen müssen. Zusätzlich wird Level I in Level Ii und Level In unterteilt. Für Level-Ii-Krankenhäuser hat das gravierende Folgen. Für sie ist keine Notfallversorgung und eine zunehmende Ambulantisierung vorgesehen und sie sollen nicht unter ärztlicher, sondern unter pflegerischer Leitung stehen. Zudem schlägt die Kommission Folgendes vor: „Je nach Bedarf sollte es daher möglich sein, Level Ii auch als regionales Gesundheitszentrum mit ambulanten Behandlungsmöglichkeiten, jedoch zwingend mit Akutpflegebetten ohne Fachabteilungszuordnung zu planen.“ Auch ihre Finanzierung soll anders geregelt werden: „Im Gegensatz dazu erfolgt bei den Level-Ii-Kliniken die Vergütung ausschließlich durch sachgerecht kalkulierte, degressive Tagespauschalen für die Akutpflege einschließlich anderer allgemeiner Personal- und Sachkosten. Die Vergütung der ärztlichen Leistungen erfolgt (a) nach EBM für Ärztinnen und Ärzte mit eigener KV-Zulassung und (b) durch die um den ärztlichen Kostenanteil erhöhte Tagespauschale für fest am Krankenhaus an-

gestellte Ärzte mit Budgetdeckelung. Damit erhalten Level-Ii-Kliniken keine Vorhaltebudgets und auch kein Pflegebudget.“

Das führt zwangsläufig zu weiteren Krankenhausschließungen. Selbst die Kommission erwartet, dass Krankenhäuser schließen müssen, weil sie die Mindestvoraussetzungen nicht erfüllen, was in den nächsten Jahren bei über 600 Krankenhäusern der Fall sein könnte. Das dürfte vor allem kleinere Krankenhäuser oder solche in dünn besiedelten Gebieten betreffen, auch weil das Vorhaltebudget an drei Komponenten geknüpft ist: Bevölkerungsbezug, Qualitätsbezug, Mengenbezug.

Was Karl Lauterbach vollmundig ankündigt hatte – eine Revolution im Krankenhaussektor, die Überwindung des Fallpauschalensystems und eine Ende der Ökonomisierung –, ist ausgeblieben.

Die vorgeschlagenen Reformen bedienen weiterhin hauptsächlich die Interessen der Krankenhauskonzerne.

Die Gewinnerorientierung bleibt bestehen.

Von einer merklichen Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Bezahlung der Beschäftigten ist keine Rede.

Quelle: Attac Hamburg – [Newsletter 2/2023](#)

Weitere Informationen

AG Gesundheit von Attac Hamburg: [Lauterbachs Revolution oder: Wie sieht ein modernes und bedarfsgerechtes Gesundheitswesen tatsächlich aus?](#)

Bündnis Krankenhaus statt Fabrik: [„Grundlegende Reform der Krankenhaus-Vergütung“ ist ein Etikettenschwindel!](#)

Bündnis Klinikrettung: [Die Zeit ist reif. Wo bleibt die Revolution?](#) / Gemeingut in BürgerInnenhand: [Krankenhausreform: Revolution oder Trickbetrug?](#)

Weltweiter Aktionstag, 7. April 2023

The most precarious jobs
in health care are feminised



HEALTH
#NOTFORSALE
7A World Health Day phmovement.org

Biodiversität-COP 15 / Landwirtschaft

NABU

Weltnaturkonferenz verabschiedet neues Weltnaturabkommen

Fast 200 Staaten verhandelten auf der Weltnaturkonferenz vom 7. bis zum 19. Dezember im kanadischen Montréal.

Nach zähen und intensiven Verhandlungen haben die etwa 200 Vertragsstaaten auf der Weltnaturkonferenz im kanadischen Montréal im Dezember 2022 das Weltnaturabkommen verabschiedet. Darin bekennen sich die Nationen dazu, die biologische Vielfalt zu erhalten und schützen:

Bis zum Jahr 2030 sollen **mindestens 30 Prozent der Landschaft und der Meere zu Schutzgebieten** werden.

Die Länder verpflichten sich, **mehr Geld in den Schutz der Artenvielfalt** zu investieren: Reichere Länder sollen ärmeren Ländern bis 2025 rund 20 Milliarden Dollar jährlich zahlen.

Risiken aus Pestiziden und Düngemitteln für die Natur sollen halbiert werden.

Aus: [NABU](#)

Trotz der Jubelrufe nach Verkündigung des Abkommens blickt der NABU mit **Ernüchterung** auf das Ergebnis: Es fehlen konkrete Vereinbarungen zur Umsetzung und messbare Ziele. Das Abschlussabkommen reicht nicht aus, um den Verlust der Artenvielfalt und Ökosysteme zu stoppen oder umzukehren. Von den schätzungsweise acht Millionen Tier- und Pflanzenarten auf der Erde sind laut Wissenschaftlern des Weltbiodiversitätsrats IPBES mindestens eine Million vom Aussterben bedroht.

Es fehlen Möglichkeiten, **die Ziele zu kontrollieren und nachzuschärfen**. Magdalene Trapp, die als Referentin für Biodiversitätspolitik [die Verhandlungen vor Ort begleitet](#)

hat, kritisiert, dass immer wieder die gleichen Fehler gemacht werden: Vereinbarte Ziele wurden in den vergangenen Jahren [konsequent verfehlt](#). Trotzdem hat es auch diese Weltnaturkonferenz nicht geschafft, einen Mechanismus einzufügen, der die Mitgliedsstaaten effektiv zu Transparenz und Verbindlichkeit zwingt. Es fehlen klare Umsetzungspflichten.

Hinzu kommt: Renaturierung und Schutzgebiete helfen zwar, Rückzugsorte für die Natur zu schaffen. Doch das Abkommen nimmt die **eigentlichen Treiber der Krise zu wenig in den Fokus**: Ein grüner Wandel ist notwendig bei unserem Konsum, im Finanzsektor, der Fischerei und der Land- und Forstwirtschaft. Der NABU hatte hierzu [klare Forderungen an die Politik](#) formuliert. Denn besonders außerhalb von Schutzgebieten werden Ökosysteme intensiv genutzt. Doch in diesen Bereichen wurden keine messbaren Ziele beschlossen, die ausreichen, den Biodiversitätsverlust aufzuhalten.

Ein klarer Auftrag an Deutschland und die EU

[...] Die Regierung muss „Regelungen entwickeln, mit denen Arten und Ökosysteme wirklich erhalten werden. Dazu gehört die Entwicklung einer nationalen Biodiversitätsstrategie. Nur so kann **Deutschland zu einem Vorbild im weltweiten Kampf für den Erhalt der biologischen Vielfalt** werden. Auf europäischer Ebene bietet die geplante [EU Restoration Law](#) eine Chance, einen Meilenstein für den Naturschutz zu setzen. [...] aus: [NABU](#)

Pressenza: COP15 - Experten aus vier Kontinenten prangern falsche Lösungen für die Biodiversitätskrise an

[...] Der Globale Aktionsplan für Biodiversität enthält Vorschläge für das sogenannte „Business for Nature“ oder „Nature-Positive Business“, „30×30“ und Biotechnologie zum Schutz der biologischen Vielfalt. [...]

Die Ausweitung sogenannter „Schutzgebiete“ und Kompensationsmaßnahmen im Rahmen dieser Konzepte von „Naturfreundlichkeit“ oder „naturbasierten Lösungen“ hat nichts mit der Eindämmung des Biodiversitätsverlustes zu tun. Es geht nur darum, den Weg für die Wirtschaft zu ebnen und die fortschreitende Zerstörung der biologischen Vielfalt und die Emission von Treibhausgasen durch die **Anpreisung von Schutzgebieten als Biodiversitäts-Kompensation** zu ermöglichen“, erklärte Souparna Lahiri von der Global Forest Coalition. [...]

„Die Länder, die hier über den Schutz der globalen Biodiversität verhandeln, müssen das **Vorsorgeprinzip** beibehalten, auf dem das CBD (Convention on Biological Diversity, Abkommen über die biologische Vielfalt) gegründet wurde.

Der hier vereinbarte Text muss sicherstellen, dass die Gesellschaft partizipative Mechanismen aufbaut, um den Horizont nach zukünftigen Risikotechnologien abzusuchen und neue Technologien, die sich bereits in der Entwicklung befinden, wie z.B. gentechnisch veränderte Organismen, zu bewerten und bestehende Technologien auf mögliche schädliche Auswirkungen zu überwachen. [...]

„Die **geplante Freisetzung gentechnisch veränderter amerikanischer Kastanien in wilde Wälder**, die sich ausbreiten und einheimische wilde Verwandte kontaminieren sollen, [...] wäre die erste Freisetzung einer GVO-Pflanze, die sich in der freien Natur vermehren soll, und es gibt keine Risikobewertungen zu den langfristigen Auswirkungen auf die Ökosysteme der Wälder, die biologische Vielfalt, die lokalen Gemeinschaften oder die Bestäuber, die die Pollen der gentechnisch veränderten Bäume fressen“, fügt Anne Petermann vom Global Justice Ecology Project hinzu. [...]

„An der COP 15 sollten wir uns darauf konzentrieren, wie wir Arbeitslandschaften umgestalten können, um die Artenvielfalt zu erhalten und wiederherzustellen und gleichzeitig genügend nahrhafte Lebensmittel zu produzieren. Es gibt viele Beispiele aus agrarökologischen Betrieben auf der ganzen Welt, die zeigen, dass dies machbar ist“, fügte Lucas A. Garibaldi, Ko-Vorsitzender von IPBES und Mitverfasser des Appells, hinzu.

Im Jahr 2008 hat die Uno-Biodiversitäts-Konferenz in Bonn einen Beschluss zu gentechnisch veränderten Bäumen gefasst, der die Länder auffordert, einen Vorsorgeansatz zu verfolgen [...] Trotzdem treiben Unternehmen und Forscher in den USA und Brasilien Pläne zur großflächigen Freisetzung gentechnisch veränderter Bäume voran.

Vollständiger Text: [Pressenza](#)

Ingeborg Schellmann: Menschenrechte für KleinbäuerInnen, LandarbeiterInnen, KleinfischerInnen oder PastoralistInnen

Gemeinhin spricht man von der Universalität der Menschenrechte. Sie gelten für jeden und jede und für alle gleichermaßen. Sie leiten sich ab von der Würde des Menschen und sind deshalb unteilbar.

Ab Dezember 2018 gilt dies nicht mehr — ein absolutes Novum. KleinbäuerInnen und LandarbeiterInnen, KleinfischerInnen und PastoralistInnen genießen seitdem ein nur ihnen zugeordnetes besonderes Menschenrecht. Ihr Recht auf Existenz hat den Rang eines Menschenrechts erhalten – ein absolutes novum.

Ihre Bedrohung durch Landgrabbing, Entwaldungen, den Bau von Staudämmen und dem Abbau von Rohstoffen, ihre Enteignungen, Vertreibungen und Kriminalisierungen sowie die Morde an ihnen wurden lange Zeit in ihrer ganzen Schwere nicht sichtbar und deshalb auch nicht in die Diskussion um die Menschenrechte aufgenommen.

Dies änderte sich, als der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen am 28. September 2018 die **Erklärung für die „Rechte von Kleinbauern und anderen Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten“** annahm und sie im Dezember des gleichen Jahres von der UN-Vollversammlung bestätigt wurde. 11 Industriestaaten enthielten sich der Stimme, darunter auch Deutschland.

In der UN-Erklärung sind zahlreiche individuelle und kollektive Rechte für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, LandarbeiterInnen etc. festgeschrieben. Dazu gehören das Recht auf Land, das Recht auf Saatgut, auf Selbstorganisation, auf Zugang zur Justiz und Souveränität bei Entscheidungen über ihre wirtschaftlichen Ziele und Ernährungsweisen. Wenngleich damit keine einklagbaren Rechte begründet wurden, waren sie Orientierungsrahmen für die Lösung von Konflikten, auch in gerichtlichen Verfahren. Nicht auszuschließen, dass sie eines Tages zu internationalen Standards heranreifen würden und Gewohnheitsrecht werden könnten. Mit der Erklärung 2018 war der erste Schritt getan. Die internationale Bauernbewegung, **La Via Campesina (LVC)**, ließ es nicht damit bewenden. Sie setzte ihre Kampagnen fort, um die Umsetzung der Erklärung zu erreichen. Die Not der Landbevölkerung trieb sie an. Angesichts dessen, dass etwa zwei Milliarden Menschen weltweit auf dem Land leben und arbeiten und lt. einer Studie des UN-Menschenrechtsrats fast 80 Prozent der absolut Armen auf dem Land leben und arbeiten, konnte die Bewegung nicht ruhen.

Eine aktive und prominente Rolle auf internationaler Ebene und innerhalb der UNO spielte dabei **CETIM**, langjähriger Partner von LVC und bestens [in der UNO verankert](#).

Die Gegner, die Gefahr der Bewegung für sich erkennend, ruhten ebenfalls nicht. „Die Agrarindustrie baut ihr überragendes Monopol auf die Nahrungsmittelsysteme in der ganzen Welt weiter aus und betreibt massive Lobby auf politischer Ebene. Der Kern seiner Strategie besteht darin, öffentliche Einrichtungen in den Dienst seiner Interessen zu stellen. Die Einflussnahme, bei der Gewinne und Aktionäre über die Menschenrechte der Menschen und Bürger gestellt werden, stellt eine echte Herausforderung für die Verwirklichung und Umsetzung der Rechte der Bauern dar.

Trotz dieses komplexen und scheinbar ungünstigen Kontextes gewinnt der Kampf der internationalen Bauernbewegung und ihrer Verbündeten an Stärke. Dies ist das Ergebnis der Mobilisierung von Bauernorganisationen in mehreren Ländern, die die Erklärung bekannt machen, über ihren Inhalt und ihre Anwendung aufklären und von den Behörden in diesen Ländern die Umsetzung der Bauernrechte fordern. Inzwischen werden manche Gesetze in manchen Ländern im Sinn der Erklärung erlassen (z. B. das nepalesische Gesetz über die Rechte der Bauern). Gerichte stützen sich immer mehr auf diese Bestimmungen (so ein kanadisches Gerichtsurteil über die Rechte von Wanderarbeitern auf dem Land). Die Umsetzung der Erklärung ist in vollem Gange.“ Neben den Aktionen weltweit versuchen CETIM und seine Partner international neue Kontrollstrukturen zu etablieren, um den neuen Menschenrechten mehr Verbindlichkeit zu verleihen. „CETIM und seine Partner befürworten die Schaffung eines internationalen Überwachungsmechanismus für die Erklärung in Form eines neuen Sonderverfahrens des UN-Menschenrechtsrates. Seine Aufgabe wird es sein, die Umsetzung der Erklärung auf nationaler und internationaler Ebene zu überwachen. „[...] Aus : [CETIM](#)

Eine Übersicht über Einflussmöglichkeiten der Bewegung in der EU, der Weltbank und über UN bietet das [Fachjournal der Welthungerhilfe](#) „Welternährung“

Einige wissenschaftliche Veröffentlichungen:

[Landgrabbing und das Recht auf Nahrung](#), ECEP 2010

Ein [Reader von FIAN](#) zur Einklagbarkeit des Rechts auf Nahrung, 2011 veröffentlicht.

[Zum Menschenrecht wider den Hunger](#), Steffen Kommer [Attac Frankreich über Via Campesina](#)

INKOTA-Netzwerk

Allianz für eine Grüne Revolution in Afrika (AGRA) - Eine unheilvolle Allianz

Die Allianz für eine Grüne Revolution in Afrika (Alliance for a Green Revolution in Africa, AGRA) wurde 2006 von der Bill und Melinda Gates-Stiftung und der Rockefeller-Stiftung gegründet.

AGRA und das von ihr propagierte

Konzept der Grünen Revolution haben in den letzten zwölf Jahren großen Einfluss auf die Agrarpolitiken vieler afrikanischer Länder gewonnen.

Entwicklungspolitische Organisationen in Afrika und Deutschland sehen die AGRA überaus kritisch und war-

nen vor den Folgen der Initiative für kleinbäuerliche ErzeugerInnen und die Umwelt. Sie fordern die Bundesregierung auf, deren Finanzierung zu beenden und stattdessen Agrarökologie ins Zentrum der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) zu stellen.

Lena Bassermann

Hintergrundpapier: AGRA ist gescheitert



Im Juli 2020 haben die Rosa-Luxemburg-Stiftung, das INKOTA-netzwerk, Brot für die Welt, Forum Umwelt und Entwicklung, FIAN Deutschland und fünf afrikanische Organisationen die [Studie „Falsche Versprechen: Die Allianz für eine Grüne Revolution in Afrika \(AGRA\)“](#) veröffentlicht. Das Papier ist **die erste Studie, die die Wirkungen, der auch von der Bundesregierung unterstützten Agrarallianz wissenschaftlich bewertet**. Zentral war die Frage, ob AGRA ihre eigenen Ziele, die landwirtschaftlichen Erträge und die Einkommen von 30 Millionen kleinbäuerlichen Haushalten zu verdoppeln und damit sowohl Hunger als auch Armut in 20 afrikanischen Ländern bis 2020 zu halbieren, erreicht hat. **Die Ergebnisse der Studie zeigten deutlich das Scheitern von AGRA auf.**

Inzwischen gibt es neue Belege für dieses Scheitern, die von AGRA selbst stammen und damit noch schwerer ins Gewicht fallen. AGRA musste durch eine Anfrage auf

Grundlage des US-amerikanischen Informationsfreiheitsgesetzes sowohl die AGRA-interne Halbzeitbewertung als auch weitere elf Länder-Evaluierungen auf ihrer Webseite veröffentlichen.

Die deutschen Autor*innen des „Falsche Versprechen“-Berichts haben die AGRA-Evaluierungen analysiert und sie kommen unter anderem zu folgenden Ergebnissen:

- Die AGRA-eigenen Evaluierungen bestätigen umfassend die Ergebnisse der Studie „Falsche Versprechen“: Der AGRA-Ansatz ist gescheitert. **AGRA konnte die selbstgesteckten Ziele bei weitem nicht erreichen.**
- In vielen Fällen verschafft AGRA mit ihrem Ansatz der Grünen Revolution den an den Projekten beteiligten Bauern und Bäuerinnen **nicht einmal Einkommen, die oberhalb der Armutsgrenze liegen.**
- AGRA nimmt systematisch, unter anderem durch das Entsenden von Mitarbeiter*innen oder die direkte finanzielle Unterstützung von Ministerien oder Beratungsgremien afrikanischer Regierungen, **politischen Einfluss auf Düng- und Saatgutgesetzgebungen in den Partnerländern zugunsten der Agrarindustrie und zum Nachteil von kleinbäuerlichen Erzeuger*innen.** [...]
- Auf Basis der Ergebnisse schlussfolgern die Autor*innen, dass es **für eine weitere finanzielle und politische Kooperation der Bundesregierung mit AGRA keine empirische Grundlage gibt.** Dennoch hat die Bundesregierung bereits geplant, ihre Zusammenarbeit mit AGRA auf ein weiteres Land, Nigeria, auszuweiten.

Das [Hintergrundpapier](#) ist eine gemeinsame Publikation von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Brot für die Welt, FIAN Deutschland, Forum Umwelt und Entwicklung und INKOTA-netzwerk. <https://www.inkota.de/agra-ist-gescheitert>

INKOTA: Ausstellung zur Agrarökologie

Die neue INKOTA-Ausstellung zeigt mit Grafiken und Beispielen auf sechs Roll-Up-Panels was schief läuft im aktuellen Landwirtschafts- und Ernährungssystem. [...] Unter dem Motto „Zukunft säen“ zeigt sie auf, dass es auch anders geht – mit dem Konzept der Agrarökologie. Überall auf der Welt bauen Kleinbäuer*innen bereits mit agrarökologischen Anbaumethoden Getreide, Gemüse und

Obst an und betreiben Viehzucht. Sie setzen auf natürliche Kreisläufe im Einklang mit der Natur und schonen Böden und damit das Klima. Agrarökologie ist auf allen Kontinenten erprobt und wird zunehmend als Modell der Zukunft für eine nachhaltige Landwirtschaft und Ernährung diskutiert. Mehr: inkota.de

Lena Bassermann

Verbotene Pestizide in AGRA-Vorhaben

In Projekten der AGRA in Ghana werden Pestizidwirkstoffe eingesetzt, die in der EU verboten beziehungsweise hoch umstritten sind, womit die Bundesregierung gegen eigene Richtlinien verstößt. Das zeigen aktuelle Analysen von INKOTA, der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Brot für die Welt, FIAN und dem Forum Umwelt und Entwicklung.

25. Februar 2022 - Die AGRA-Projekte in Ghana werden von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) als öffentlich-rechtliche Anstalt im Rahmen des AGRA-Engagements der Bundesregierung finanziert. Dies alles belegen Informationen der Bundesregierung, die diese der Bundestagsfraktion DIE LINKE auf Anfrage zur Verfügung gestellt hat.

Kleinbäuer*innen werden Gefahren ausgesetzt

Der Einsatz der beiden in der EU nicht genehmigten Wirkstoffe Propanil und Permethrin verstößt nach Analyse der genannten Organisationen gegen den „Referenzrahmen für Entwicklungspartnerschaften im Agrar- und Ernährungssektor“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und die Sozial- und Umweltstandards der Weltbank. Beide Standards sind für den Einsatz in KfW-Projekten, die von der Bundesregierung finanziert werden, maßgeblich. Die beiden Wirkstoffe Propanil und Permethrin werden von der Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization, WHO) als Klasse II-Wirkstoffe eingeordnet und gelten damit als „mäßig gefährlich“ („moderately hazardous“). Bei Pestizidwirkstoffen dieser Kategorie müssen gemäß weiterer Standards, die im BMZ-Referenzrahmen genannt werden, besonders hohe Sicherheitsvorkehrungen eingehalten werden. Laut der US-amerikanischen Umweltbehörde (Environmental Protection Agency, EPA) dürfen Felder, auf denen Pestizide auf Basis von **Propanil** ausgebracht werden, während des Sprühens und nach dem Einsatz für 24 Stunden nicht betreten werden. Die Schutzausrüstung der Bauern und Bäuerinnen muss unter anderem aus chemikalienbeständigen Handschuhen aus wasserdichtem Material und aus chemikalienbeständigem Schuhwerk und Socken bestehen. **Permethrin** muss an einem kühlen, trockenen, gut belüfteten Bereich, frei von brennbaren Materialien und Wärmequellen, gelagert werden. Die leeren Behälter dürfen nicht wiederverwendet werden. Das Pestizid muss unter Verschluss aufbewahrt werden. Das alles sind Ausschlusskriterien für die Verwendung dieser Pestizide durch kleinbäuerliche Erzeuger*innen, wie es in zahlreichen wissenschaftlichen Publikationen zum Einsatz von Pestiziden in kleinbäuerlichen Kontexten in Afrika belegt ist.

Bundesregierung verstößt gegen Pestizidvorgaben

Bei Projekten, die von der KfW gefördert werden, müssen beim Einsatz von Pestiziden des Weiteren die Umwelt- und Sozialstandards der Weltbank eingehalten werden. Darin

wird klar gesagt, dass Wirkstoffe, die von internationalen Agenturen als krebserregend, erbgutverändernd oder fruchtbarkeitsschädigend eingestuft werden, nicht verwendet werden dürfen. Die EPA hat Permethrin als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuft.

Damit kommen die Rosa-Luxemburg-Stiftung, Brot für die Welt, FIAN, INKOTA und das Forum Umwelt und Entwicklung zu dem Schluss, dass die Bundesregierung klar gegen das Einsatzverbot für erwiesenermaßen gesundheitsschädigende Pestizide verstößt.

Auch Glyphosat in Ghana im Einsatz

Zudem werden in AGRA-Projekten in Ghana Pestizide eingesetzt, die die Wirkstoffe Glyphosat und Oxyfluorfen enthalten. Glyphosat ist zwar aktuell noch in der EU genehmigt, aber bekanntlich hoch umstritten. Nach Angaben der internationalen Krebsforschungsagentur (International Agency for Research on Cancer, IARC), die zur WHO gehört, ist Glyphosat für den Menschen „wahrscheinlich krebserregend“. Die Ampelkoalition hat in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt, Glyphosat-haltige Produkte bis Ende 2023 vom Markt zu nehmen. Oxyfluorfen ist in der EU zwar noch bis 2024 genehmigt, jedoch nicht in Deutschland zugelassen. Wie auch Permethrin wird es von der EPA als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuft. Permethrin ist einer der beiden Wirkstoffe in dem Insektizid Betallic Super, das in erster Linie im Maisanbau in Ghana zur Anwendung kommt. Propanil sowie Glyphosat und Oxyfluorfen sind die Wirkstoffe in den Herbiziden Orizo Plus SL beziehungsweise Zoomer 390 SC. Das Unkrautvernichtungsmittel Zoomer 390 SC wird stark in Kaffee-, Mais- und Baumwollmonokulturen eingesetzt.

Einzige Lösung: AGRA muss eingestellt werden

Für die an der Analyse beteiligten Organisationen steht daher erneut fest, dass die Bundesregierung die Zusammenarbeit mit AGRA sowohl politisch als auch finanziell einstellen muss. Zudem ist es notwendig, ein Gesetz auf den Weg zu bringen, das den Export von Pestiziden und Pestizidwirkstoffen verbietet, wenn diese aufgrund von Gefahren und Risiken für die menschliche Gesundheit und/oder die Umwelt in der EU nicht genehmigt sind. Zudem sollte Agrarökologie als Leitbild in der deutschen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit deutlich stärker als bislang gefördert werden.

<https://www.inkota.de/news/verbotene-pestizide-agra-vorhaben>

Pestizidatlas: <https://www.boell.de/de/pestizidatlas>

Survival International

CO₂-Zertifikate: Bericht enthüllt gravierende Mängel bei Vorzeigeprojekt auf indigenem Land in Kenia

16. März 2023 - Ein neuer [Bericht](#), der heute von Survival International veröffentlicht wurde, offenbart gravierende Mängel in einem Vorzeigeprojekt für CO₂-Zertifikate, zu dessen Kund*innen auch Meta (ehemals Facebook) und Netflix gehören.

Der Bericht „**Blutiges CO₂: Wie ein CO₂-Kompensationsprojekt Millionen mit indigenem Land in Nordkenia verdient**“ untersucht das Northern Kenya Grassland Carbon Project, das vom Northern Rangelands Trust (NRT) in einem Gebiet betrieben wird, in dem mehr als Hunderttausend indigene Samburu, Borana und Rendille leben.

Das Projekt könnte etwa 300-500 Millionen US-Dollar einbringen, möglicherweise sogar noch mehr.

Die zentralen Erkenntnisse des Berichts lauten:

- Das Projekt zielt darauf ab, die seit langem bestehende traditionelle Weidewirtschaft der indigenen Völker zu zerstören und durch ein zentralisiertes System zu ersetzen, das der kommerziellen Viehzucht ähnelt. Dies könnte die Ernährungssicherheit der Indigenen gefährden, da ihre üblichen Wanderungen während Dürreperioden unterbunden werden.

- Es gibt keinerlei überzeugende Beweise dafür, dass der NRT die indigenen Gemeinden ordnungsgemäß über das Projekt informiert hat, geschweige denn ihre freie, vorherige und informierte Zustimmung (FPIC) eingeholt hat. Informationen über das Projekt wurden nur an eine sehr kleine Anzahl von Personen weitergegeben, in vielen Fällen lange nachdem das Projekt begonnen hatte.

- Infolgedessen wissen nur sehr wenige Menschen vor Ort überhaupt, worum es bei dem Projekt genau geht.

- Es gibt erhebliche Zweifel an der Rechtsgrundlage des Projekts, insbesondere zur Frage, ob der NRT Kohlendioxid aus den betroffenen Gebieten „besitzen“ und verkaufen darf.

- Das Projekt liefert keine glaubwürdigen Argumente für seine „Zusätzlichkeit“, also dafür, dass die vermeintlichen CO₂-Einsparungen nicht ohnehin geschehen wären – ein grundlegendes Prinzip für die Erstellung von CO₂-Zertifikaten.

Der Bericht markiert den Start der [Kampagne „Blutiges CO₂“ von Survival International](#). Die Kampagne zeigt, wie der Verkauf von Emissionsgutschriften aus Naturschutzgebieten die Finanzierung von Menschenrechtsverletzungen gegen indigene Völker massiv erhöhen könnte, während er nichts zur Bekämpfung des Klimawandels beiträgt.

Der Autor des Berichts, Simon Counsell (ehemaliger Direktor der Rainforest Foundation UK), sagte heute: „Das CO₂-Projekt des NRT erfüllt einige der grundlegenden Anforderungen für Projekte zur Klimakompensation nicht, wie z.B.

den Nachweis der Zusätzlichkeit, eine ordnungsgemäße Bezugsgröße und die Möglichkeit, die Verlagerung von CO₂-Emissionen in andere Gebiete zu messen. Die Mechanismen zur Überwachung der Durchführung und der Auswirkungen des Projekts sind völlig unzureichend. Es ist äußerst unwahrscheinlich, dass die CO₂-Zertifikate, die im Rahmen des Projekts verkauft werden, tatsächlich eine zusätzliche Speicherung von CO₂ in den Böden des Projektes darstellen.“

Die Leiterin von Survivals Kampagne zur Dekolonisierung des Naturschutzes [Fiore Longo](#) fügte hinzu: „Nach Jahren von Menschenrechtsverletzungen im Namen des sogenannten ‚Naturschutzes‘, stehlen westliche NGOs nun indigenes Land im Namen des ‚Klimaschutzes‘. Wie dieser Bericht deutlich zeigt, basieren die Projekte des NRT auf demselben kolonialen und rassistischen Irrglauben, der viele große Naturschutzprojekte kennzeichnet: dass indigene Völker an der Umweltzerstörung schuld seien. Die Beweise zeigen jedoch, dass indigene Völker die besten Naturschützer*innen sind. Dieses Projekt ist nicht nur gefährliches Greenwashing, es steht exemplarisch für [blutiges CO₂](#): Der NRT macht Geld mit der Zerstörung der Lebensweise derjenigen, die am wenigsten für den Klimawandel verantwortlich sind.“

<https://www.survivalinternational.de/nachrichten/13665>

dazu auch:

<https://survivalinternational.fr/campagnes/carbone-de-sang>



24. März 2023 – Polizisten " Eskortieren " Ureinwohner aus Schutzgebieten in ganz Indien auf ihrem Weg zum Büro der Forstbehörde im Nagarhole-Tigerreservat, um einen unbefristeten Protest zu beginnen, mit dem sie ein Ende der Vertreibungen und des Machtmissbrauchs im Namen des Naturschutzes fordern.

<https://survivalinternational.fr/actu/13667>

Zum CO₂-Emissionshandel:

<https://www.klimareporter.de/verkehr/emissionshandel-mit-null-wirkung>
<https://www.klimareporter.de/gesellschaft/co2-zaehlen-ist-kein-klimaschutz>

Forderungen von 144 Organisationen (u. a. Attac Deutschland) an die Bundesregierung

6-Punkte-Plan für die sozial-gerechte Agrarwende und gutes Essen für alle!

Gutes Essen ist ein Menschenrecht. Doch trotz steigendem Wohlstand wächst der globale Hunger. Die Corona-Pandemie und der russische Krieg gegen die Ukraine haben diese Schieflage zusätzlich verschärft. Für diejenigen, die Wetten auf Lebensmittelpreise abschließen, ist die Ernährungsarmut der anderen ein Spiel. Agrarflächen sind für Konzerne genauso wie Wohnraum schon lange zum Spekulationsobjekt geworden. 125 Superreiche weltweit verursachen zusammen so viele CO₂-Emissionen wie ganz Frankreich, während die Klimakatastrophe durch Dürren, Überschwemmungen oder Brände immer mehr Menschen die Lebensgrundlagen raubt.

Die dominanten Agrar- und Ernährungssysteme sind ungerecht, krisenanfällig und nicht nachhaltig. Sie schaffen weder faire Preise und Löhne für Bäuer*innen, Beschäftigte und das Lebensmittelhandwerk noch beenden sie den Hunger auf der Welt. Dazu kommt: Wie Lebensmittel hergestellt werden, schadet vielfach Klima, Artenvielfalt und unserer Gesundheit.

Spätestens seitdem die Inflation auch Deutschland erreicht hat, wissen Menschen mit wenig Geld hierzulande nicht mehr, ob sie ihre Wohnung heizen oder den Kühlschrank mit guten Lebensmitteln füllen sollen. Bäuer*innen fehlt die Perspektive, weil sie für ihre anstrengende Arbeit vielfach weder Anerkennung noch faire Preise bekommen. Die prekäre Lage teilen sie mit Beschäftigten, die unter schwierigen Bedingungen Lebensmittel herstellen und oft keine ausreichende Absicherung im Alter haben. Und alle, die Lebensmittel nachhaltig und handwerklich herstellen, sehen sich dem Preisdruck von Großkonzernen ausgesetzt, deren Preise nicht die Folgekosten für Umwelt, Klima und Gesundheit abbilden.

Das haben wir satt! Daher fordern wir – über 100 Organisationen aus Landwirtschaft, Sozialbereich, Lebensmittelhandwerk, Gewerkschaftsbranche, Erwerbslosen-, Klima- und Umwelt-Bewegung, Jugend-, Tierschutz- und Eine-Welt-Verbänden – die sozial-gerechte Agrarwende und gutes Essen für alle!

Wir fordern eine Politik, die gutes Essen, faire Erzeuger*innenpreise, Umwelt-, Tier- und Klimaschutz, eine gerechte Verteilung des Wohlstands und ein demokratisches Zusammenleben vereint und für alle sichert. Wir erleben, wie Konzerne, Aktienfonds und Milliardär*innen immer wieder Krisen nutzen, um ihre Vermögen zu vergrößern. Die Schere zwischen Arm und Reich wird – hierzulande und weltweit – noch größer. Das ist gefährlich und nützt auch den Feind*innen von Demokratie, Gerechtigkeit und Umweltschutz.

Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen. Umweltgerecht hergestelltes Essen ist ein Grundrecht für alle. Wir sagen: Gutes Essen hat seinen Preis und alle Menschen müssen sich gutes Essen leisten können. **Bei sozialen und ökologischen Fragen gibt es kein Entweder-Oder, sie sind die elementare Basis für ein gutes Zusammenleben auf diesem Planeten.** Die Agrar- und Ernährungswende, eine Umverteilung des Reichtums und konsequenter Klimaschutz sind notwendige erste Schritte in eine sozial gerechte und solidarische Gesellschaft.

Es ist die Pflicht der Bundesregierung dafür zu sorgen, dass alle Menschen Zugang zu gutem Essen haben, dass kleine und mittlere Betriebe nicht der zunehmenden Konzentration zum Opfer fallen und dass Lebensmittel sozial-, tier- und umweltgerecht hergestellt werden. Das fordern wir von der Bundesregierung – und dafür gehen wir gemeinsam auf die Straße.

Für uns ist klar:

Gutes Essen ist ein Menschenrecht – für alle weltweit! Menschen mit wenig Geld – egal ob mit oder ohne Lohnarbeit – brauchen Zugang zu gesundem und ökologisch verträglich hergestelltem Essen!

Gutes Essen braucht faire Erzeuger*innenpreise!

Bäuer*innen, Bäcker*innen und alle anderen, die uns mit hochwertigen Lebensmitteln versorgen, müssen gut von ihren Produkten leben können!

Gutes Essen geht nur mit guten Arbeitsverhältnissen!

Ganzjährig und saisonal Beschäftigte in der Landwirtschaft und Lebensmittelbranche brauchen Tariflöhne, gute Arbeit und armutssichere Renten im Alter!

Gutes Essen muss gesund für Mensch, Klima und Tiere sein!

Was wir essen, darf nicht unserer Gesundheit, der Umwelt oder den Tieren schaden!

Gutes Essen muss global gerecht sein!

Agrarexporte aus der EU dürfen keine bäuerlichen Existenzen im globalen Süden zerstören und importierte Lebensmittel brauchen faire Preise!

Unsere 6 Forderungen:

1. Zugang zu gesunder und umweltgerechter Ernährung für alle Menschen!

Regelsatzlücke von über 250 Euro im Bürgergeld schließen, Sanktionen und Leistungskürzungen überwinden, Versorgung mit fair produzierten, umweltgerechten Lebensmitteln für alle Menschen umsetzen! Sozialleistungen müssen ökologischen Konsum ermöglichen.

2. Faire Erzeuger*innenpreise dauerhaft sicherstellen!
Preisdiktat der Supermarktketten stoppen, Einkauf unter Produktionskosten verbieten und regionale, bäuerliche und ökologische Strukturen (z.B. durch öffentliche Kantinen) stärken!

3. Gute Löhne für gute Arbeit!

Einen ausreichenden Mindestlohn und armuttsichere Renten garantieren, Inflationsausgleich schaffen und eine stärkere Tarifbindung in Landwirtschaft, Nahrungsmittelverarbeitung und im Einzelhandel unterstützen!

4. Gesellschaftlichen Reichtum fair verteilen!

Übergewinnsteuer auch bei Agrar-, Lebensmittel-, Handels- und Düngemittelkonzernen erheben, Vermögenssteuer einführen und Kapitalerträge konsequent besteuern, niedrige und mittlere Arbeitseinkommen entlasten, Mehrwertsteuer

auf klimagerechte Lebensmittel senken und umweltschädliche Subventionen stoppen!

5. Teller statt Trog, Tank oder Tonne!

Ackerflächen, wo möglich, für menschliche Nahrung statt für Futter- und Biosprit-Anbau nutzen und Lebensmittelverschwendung beenden!

6. Hungerkrise beenden!

Lebensmittelspekulation verbieten, Recht auf Nahrung durch freies Saatgut und gerechte Landverteilung unterstützen, gentechnikfreie Landwirtschaft sichern, mehr Entwicklungsgelder für die sozial-ökologische Transformation der Ernährungssysteme bereitstellen und unfaire Handelsabkommen stoppen!

<https://wir-haben-es-satt.de/informieren/6-punkte-plan/>

Mirador-multinationales.be:

"Schein-Agrarökologie: Der Griff der multinationalen Konzerne nach der Agrarökologie"

Der [Bericht](#) untersucht drei öffentlich-private Initiativen für "nachhaltige Landwirtschaft", die mit multinationalen Konzernen wie Nestlé, Pepsico, Cargill, Unilever und dem Weltwirtschaftsforum verbunden sind. Er stellt fest, dass sie diese Governance-Initiativen nutzen, um unter dem Vorwand der Förderung der Agrarökologie die die Ideologie des freien Marktes weiter voranzutreiben und die Entscheidungsprozesse unter ihre Kontrolle zu bringen.

Zusammenfassung der [Berichts auf Englisch](#)

Keine Ratifizierung des EU-Mercosur-Abkommens!

(10.3.23) Gemeinsame Erklärung vom **Netzwerk Gerechter Welthandel gegen Ratifizierung des EU-Mercosur-Abkommens**

Wirtschaftsminister Robert Habeck und Landwirtschaftsminister Cem Özdemir reisen nach Brasilien (12.-14. März). (...) Das umstrittene EU-Mercosur-Handelsabkommen steht bei dieser Reise groß im Fokus. Auch Vertreter*innen verschiedener Konzerne, die von der Ratifizierung des Abkommens profitieren würden, werden an den Wirtschaftstagen anwesend sein, darunter VW und Bayer.

Zu diesem Anlass ruft das [Netzwerk Gerechter Welthandel](#), zu dem auch Attac gehört, in seinem Lateinamerika-Jahr zur Mobilisierung gegen das EU-Mercosur-Abkommen auf und kritisiert das Vorhaben der Bundesregierung, der Ratifizierung des Abkommens trotz aller Widerstände von Wissenschaftler*innen, Landwirt*innen, Menschenrechts- und Umweltschutzorganisationen zuzustimmen. (...) [attac.de](#)

Attac Österreich kritisiert

EU-Prozess hinter verschlossenen Türen

(9.3.23) Attac Österreich kritisiert den Vorstoß der EU-Kommission, mit dem Mercosur und EU-Ländern hinter verschlossenen Türen einen Beipackzettel (ein sogenanntes „Zusatzprotokoll“) für das EU-Mercosur Abkommen zu verhandeln. (...)

Wie schon in der Vergangenheit bei TTIP und CETA versucht die EU-Kommission, ein neoliberales Handelsabkommen mit einem nichtssagenden Zusatzpapier zu versehen. In

den letzten Wochen wurde den Vertragsparteien der Beipackzettel für das EU-Mercosur Abkommen vorgestellt. Wissend, dass dieser keines der grundlegenden Probleme des Klimakiller-Abkommens mit dem Mercosur lösen wird, verhandelt die EU-Kommission ihn hinter verschlossenen Türen, um keine öffentliche Kritik zuzulassen. Laut Politico vom 1. März wurden die Vorschläge den Vertreter*innen der Mitgliedsländer lediglich zur Ansicht vorgelegt und anschließend wieder eingesammelt - mit dem Hinweis, dass diese Dokumente nicht an die Öffentlichkeit gelangen dürften. (...)

Schon im November 2022 hatten 210 Organisationen weltweit diese Absichten der EU-Kommission kritisiert [Attac Österreich](#), Nov. 2022: Breite Kritik aus Europa und Lateinamerika an Aufteilung von Handelsabkommen: Die EU-Kommission will den Widerstand Österreichs und anderer EU-Staaten gegen das [Handelsabkommen EU-Mercosur](#) aushebeln. Sie plant, das Abkommen in ein politisches und ein wirtschaftliches Kapitel zu teilen ("Splitting"). (...)

Internationaler Zusammenschluss gegen das Abkommen EU-Mercosur: <https://stopeumercosur.org/> ; Links zu einigen Studien auf Deutsch: <https://stopeumercosur.org/#resources>
S. auch: <https://www.greenpeace.de/biodiversitaet/waelder/waelder-erde/eu-mercotur-abkommen>
Freihandelsabkommen mit EU: Mercosur lehnt Umweltauflagen als zu hart und unausgewogen ab
Zusatzkapitel geleakt. [Amerika21](#)

Alexander Reich

Das Nötigste ist extra teuer

Ärmste zahlen im Supermarkt stärker drauf:
Billigste Grundnahrungsmittel kosten bis zu 75 Prozent mehr also vor einem Jahr

[...] Dass die vier großen Handelsketten gerade das Allernötigste verteuern, war am 16. März durch eine Studie von Foodwatch aufgezeigt worden. Lebensmittel, auf die die Ärmsten »am meisten angewiesen ist, sind viel stärker im Preis gestiegen als der Rest«, teilte die Verbraucherschutzorganisation mit. Produkte von Billigmarken wie »Milsani« von Aldi, »Milbona« von Lidl (Kaufland), »Gut und Günstig« von Edeka (Netto) oder »Ja!« von Rewe (Penny) verteuerten sich im Jahr 2022 demnach um sagenhafte **30,9 Prozent**. Das Wörtchen »durchschnittlich« braucht es an dieser Stelle nicht, wenn man Foodwatch folgt: »Alle sogenannten Preiseinstiegs-Eigenmarken kosten bei den großen Supermärkten in der Regel auf den Cent das Gleiche. Erhöht ein Händler den Preis, kann man sich sicher sein, dass innerhalb weniger Tage die anderen nachziehen.«

Foodwatch: Weder gut noch günstig

Weder gut noch günstig:

Die versteckte Preisexplosion bei Eigenmarken und ihre Folgen für Ernährungsarmut



Studie: https://www.foodwatch.org/fileadmin/-DE/Themen/Preise_und_Qualitaet/Marktcheck_final.pdf

Käufer von Markenprodukten waren nicht einmal halb so stark von der Teuerung betroffen, hier lag die Rate im Schnitt bei »nur« 14,5 Prozent. Und dabei schlugen die Handelsriesen mächtig Alarm wegen Preisforderungen von Markenherstellern. Rewe erklärte zum Beispiel 8,7 Prozent

Preisanstieg für »Kellog's Choco Crispies« zum Unding. Das Trash-Food wurde ausgelistet zugunsten der unschlagbar billigen Alternative »Ja!-Choco Chips«. Deren Teuerung lag übers Jahr bei 25 Prozent.

Bei Aldi, wo der Anteil der Eigenmarken höher ist als bei der Konkurrenz, wurde das Markenmehl Aurora zwar um 33 Prozent teurer, ohne aus dem Sortiment zu fliegen; beim Mehl der Eigenmarke Goldähre lag die Rate allerdings bei stolzen 75 Prozent. Dieser Wert wurde laut Foodwatch »insbesondere bei sättigenden Grundnahrungsmitteln wie Nudeln, Reis, Mehl oder Hülsenfrüchten« wiederholt erreicht, aber auch bei Molkereiprodukten wie Käseaufschnitt oder Joghurt.

Viele Millionen, die mit dem Billigsten über die Runden kommen müssen, zahlen im Supermarkt also deutlich mehr drauf als jene, die für ein bisschen Lebensgefühl aus der Werbung gerne ein paar Euro mehr ausgeben. Und noch bei einem typischen Warenkorb mit Aldi-Eigenmarken – Nudeln, Reis, Öl, Tomatenmark, Milch, Käse ... – lag die Teuerung deutlich über der offiziellen Zahl für Lebensmittel, nämlich bei 32,6 Prozent.

Ende 2021, also noch vor den Preisexplosionen des vergangenen Jahres, waren »in Deutschland etwa 12,5 Millionen Menschen zumindest zeitweise von Ernährungsarmut betroffen«, steht in der Studie von Foodwatch, die mit Hilfe einer App namens Smhaggle erhoben wurde, bei der Leute ihre Kassensbons von Lidl, Netto und Co. hochladen. Schon für Bezieher von Hartz IV sei eine »ausgewogene und gesunde Ernährung praktisch nicht möglich« gewesen, erklären die Autoren. Mit dem Bürgergeld ist es jetzt noch viel schlimmer.

Eine stetig wachsende Zahl von Menschen kann sich kein Obst und Gemüse mehr leisten, hat Michael Stiefel vom [Armutsnetzwerk](#) beobachtet. Sie seien zum Kauf von energiedichten Lebensmitteln gezwungen, die viele Kalorien, aber kaum Vitamine und Nährstoffe enthielten. Foodwatch fordert eine deutliche Erhöhung des Bürgergelds und die Aussetzung der Mehrwertsteuer auf Obst, Gemüse und Hülsenfrüchte. - [Jungewelt](#)

Foodwatch: Gentechnik bald ohne Kennzeichnung im Supermarkt?

Die Gentechnik-Lobby kämpft aktuell dafür, dass „neue“ Gentechnik nicht mehr unter das geltende EU-Gentechnikrecht fällt. Hat sie Erfolg, können Verbraucher:innen Gentechnik im Supermarkt nicht mehr erkennen.

2018 gab es bereits ein [EuGH-Urteil](#) zur neuen Gentechnik. Der Europäi-

sche Gerichtshof entschied, dass Pflanzen, die mit neuer Mutagenese-Techniken verändert werden, als gentechnisch verändert gelten – und deshalb auch die bestehenden Gentechnik-Regelungen zu Kennzeichnung und Sicherheitsüberprüfung gelten. Nun erwägt die EU-Kommission, eine Änderung der Regelungen vorzuschla-

gen – ganz nach den Wünschen der Industrie ([gmwatch](#)). Und den Richterspruch so zu umgehen. Das wollen wir nicht hinnehmen.

Gentechnik muss erkennbar bleiben! Deshalb [jetzt unterzeichnen und protestieren](#)

Ein gescheitertes Experiment: Treibstoffe aus Pflanzen

Die Agrarfläche, welche für europäische Kraftstoffe genutzt wird, könnte 120 Millionen Menschen ernähren.

13.3.2023 - **5,3 Millionen Hektaren Land** dienen derzeit EU-weit dem ausschließlichen Anbau von Raps, Mais oder Zuckerpflanzen, aus denen Agrar-Kraftstoffe für den motorisierten Verkehr und stationäre Anwendungen gewonnen werden. Die Branche spricht beschönigend von «Bio»-Treibstoffen, obwohl diese mit biologischem Anbau nichts zu tun haben.

Auf diesen 5,3 Millionen Hektaren Fläche könnten Pflanzen angebaut werden, die den Kalorienbedarf von 120 Millionen Menschen decken. [...]Das zeigt eine [neue Studie](#) des [Instituts für Energie- und Umweltforschung \(IFEU\)](#) im Auftrag der [NGO Transport&Environment \(T&E\)](#).

Agrar-Treibstoff ist weder effizient noch nachhaltig

Die Studie quantifiziert zum ersten Mal die enormen Opportunitätskosten in ganz Europa, die durch Nutzung von Millionen Hektar fruchtbarer Ackerflächen für die Produktion von Agrar-Kraftstoffen entstehen. Nicht einmal die CO₂-Belastung wird reduziert:

- Würde diese Anbaufläche der Natur unbearbeitet zurückgegeben, würde doppelt so viel CO₂ absorbiert, wie angeblich durch den Antrieb von Autos mit Agrar-Kraftstoffen, die fossile Brennstoffe ersetzen, eingespart wird.
- Für eine CO₂-Reduktion noch weitaus effizienter wäre die Nutzung des Landes für Solarparks. Dadurch könnte – im Vergleich mit den Agrar-Kraftstoffen – der 40fache Energieertrag gewonnen werden. [...]

Die EU-Agrarpolitik sorgt für Fehlanreize

Im Jahr 2009 führte die **Europäische Union** im Rahmen ihres «Ökokraftstoffgesetzes» die «Erneuerbare-Energien-Richtlinie» (RED) ein, um Agrar-Treibstoffe zu fördern. Der damalige Vorschlag war attraktiv: Bauern sollten bei der Produktion von «grünen Kraftstoffen» unterstützt werden. Doch heute sei klar, bilanziert T&E, dass Agrar-Kraftstoffe sowohl die Ernährungssicherheit beeinträchtigen als auch den Klimaschutz behindert haben.

«Das Dummste, was je gefördert wurde»

Maik Marahrens, Biokraftstoffexperte bei T&E, sagt: «Biokraftstoffe sind ein gescheitertes Experiment. Weiterhin Le-

bensmittel als Brennstoff zu verbrennen, während die Welt mit einer wachsenden globalen Nahrungsmittelkrise konfrontiert ist, ist grenzwertig kriminell. Als Reaktion darauf diskutieren Länder wie Deutschland und Belgien die Begrenzung von Biokraftstoffen für Nahrungsmittelpflanzen. Der Rest Europas muss diesem Beispiel folgen.»

Sein Fazit ist deutlich: «Pflanzen-Biokraftstoffe sind wahrscheinlich das Dummste, was jemals im Namen des Klimas gefördert wurde». Auch Julie Bos, Beraterin für EU-Klimagerechtigkeit bei der unabhängigen Entwicklungsorganisation [Oxfam](#), übt scharfe Kritik: «Die Biokraftstoffpolitik der EU ist eine Katastrophe für Hunderte Millionen Menschen, die Schwierigkeiten haben, ihre nächste Mahlzeit zu finden. Sie verschwendet nicht nur riesige Teile des Ackerlandes für den Autoverkehr, sondern treibt auch die Lebensmittelpreise noch weiter in die Höhe».

T&E bringt auch das Argument der Biodiversität ins Spiel. Die EU habe sich in ihrem Naturschutzgesetz Ziele gesetzt, um den Verlust der biologischen Vielfalt zu stoppen und umzukehren. Da Rohstoffe für Agrar-Treibstoffe einen großen Teil der europäischen Anbauflächen einnehmen, könnte zur biologischen Vielfalt wesentlich beitragen, wenn keine fruchtbaren Flächen mehr für Agrar-Treibstoffe verwendet würden.

<https://www.infosperber.ch/gesundheit/ernaehrung/ein-gescheitertes-experiment-treibstoffe-aus-pflanzen/>

Offener Brief vom 24.03.2022, auch von Attac Deutschland unterschrieben.

An Bundeskanzler Herr Olaf Scholz

[...] Derzeit werden **in Deutschland auf knapp 800.000 Hektar Pflanzen für Agrokraftstoffe** angebaut, eine Fläche etwa dreimal so groß wie das Saarland. Jährlich werden über 3,4 Millionen Tonnen Getreide und Ölpflanzen zu Agrokraftstoff verarbeitet und fossilem Diesel und Benzin beigemischt. In Zeiten drohender Nahrungsmittelknappheit weiter Getreide und andere Pflanzen in den Tank zu kippen, ist in keiner Weise vertretbar. [...] Die Bundesregierung kann und muss das Aussetzen der Agrokraftstoff-Förderung als Sofortmaßnahme auf den Weg bringen. [...]

Vollständiger Text: duh.de

Die Hungermacher : Trotz einer persönlichen Intervention von UN-Generalsekretär António Guterres verhindert die EU weiterhin Düngemittelexporte aus Russland und Belarus und treibt damit zahlreiche Länder Afrikas in den Hunger. Konkret weigert sich Brüssel zur Zeit, Ausnahmen bei seinen Sanktionen gegen Belarus zu gewähren, die es ermöglichen würden, den sanktionsbedingt grassierenden Düngermangel vor allem auf dem afrikanischen Kontinent zu reduzieren. Experten zufolge ist der Düngemiteleininsatz in Afrika südlich der Sahara bereits um ein Viertel gesunken. Mit deutlich geringerer Ernte und empfindlich steigendem Hunger ist noch in diesem Jahr zu rechnen. Man sei nicht bereit, die Sanktionen einzuschränken, nur um „die UNO zu beschwichtigen“, hieß es. Besonders die Russland-Sanktionen tragen weiter zum Düngermangel bei, der sich in diesem und in den kommenden Jahren in einer zusätzlichen Knappheit an Nahrungsmitteln vor allem in den Ländern des Globalen Südens niederschlagen wird. <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9205>
S. dazu [Die Hungermacher \(III\)](#)

UN-Wasserkonferenz in New York: Vorschlag aus Bolivien an die Welt

Vilma Guzmán, amerika21

La Paz/New York, 23.März 2023.

Bolivien hat bei der 6. Weltwasserkonferenz der Vereinten Nationen (UN) einen zwölf Punkte umfassenden Vorschlag vorgelegt, um die weltweite Wasserkrise anzugehen und die Versorgung zu sichern.

Die Konferenz in New York vom 22. bis 24. März soll nach UN-Angaben das Bewusstsein für die weltweite Wasserkrise schärfen. Zudem soll sie konzertierte Aktionen beschließen, um alle Sektoren, Akteure und Länder zu mobilisieren und die politischen Bemühungen zur Lösung dieses globalen Problems zu fördern.

Ausgearbeitet wurde der "**Bolivianische Vorschlag an die Welt**" bei Foren, die zwischen dem 3. und 10. März in den verschiedenen Regionen des Anden-Amazonas-Staates stattfanden. Die Regierung hatte soziale Organisationen, akademische und Forschungseinrichtungen, Wasserbetriebe und -verwalter zur Teilnahme aufgerufen.

Zum Abschluss kamen Delegierte der Foren zum nationalen Treffen der "Dialoge über Wasser für das Leben" (Diálogos del Agua para la Vida) in La Paz zusammen.

In Boliviens Verfassung von 2009 ist der Zugang zu Trinkwasser und Abwasserentsorgung als Menschenrecht definiert. In den letzten zehn Jahren erreichte das Land laut offiziellen Zahlen in städtischen Gebieten eine Trinkwasserversorgung von 95 Prozent und eine sanitäre Grundversorgung von 71,7 Prozent, in den ländlichen Gebieten 69,3 Prozent bzw. 45,6 Prozent.

Am 28. Juli 2010 erkannte die UN-Generalversammlung in ihrer Resolution 64/292 "das Recht auf einwandfreies und sauberes Trinkwasser und Sanitärversorgung als ein Menschenrecht an, das unverzichtbar für den vollen Genuss des Lebens und aller Menschenrechte ist".

Der Vorschlag Boliviens umfasst zwölf Punkte.

Neben der Forderung, das Recht auf Wasser als Menschenrecht zu bekräftigen, sollten die Mitgliedsstaaten anerkennen, "dass Wasser das Zentrum des Lebens ist". Entsprechend müssten Flüsse, Seen, Wassereinzugsgebiete und "Mutter Erde" als Rechtssubjekte etabliert und auf ihre Ver-

wundbarkeit sowie die gegenwärtige Bedrohung ihrer Existenz in allen Teilen der Welt hingewiesen werden.

Ein ständiger zwischenstaatlicher Mechanismus zur Förderung von Wasserbewirtschaftung, -management und -schutz, Armutsbekämpfung und integraler Entwicklung soll im Rahmen der Erfüllung international vereinbarter wasserbezogener Ziele eingerichtet werden und ihre Umsetzung einfordern. Außerdem soll ein UN-Sondergesandter für Wasser eingesetzt werden.

Die Weltgemeinschaft müsse zudem die Autorität der gemeinschaftlichen Bewirtschaftung der Wasserversorgung und der sanitären Grundversorgung durch lokale Gemeinschaften und indigene Völker anerkennen.

Bolivien fordert einen Schuldenerlass für Entwicklungsländer, damit diese die notwendigen finanziellen Mittel für die Wasserproduktion und den Zugang zu Wasser, die Anpassung an den und die Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Klimawandel einsetzen können. Die Industriestaaten und die internationalen und multilateralen Organisationen werden aufgefordert, mehr finanzielle Mittel zur Bewältigung der Folgen der Wasserkrise bereitzustellen.

Die Generalversammlung sollte auch die Notwendigkeit feststellen, dass alle Länder Gesetze verabschieden oder aktualisieren, um den Schutz und die Erhaltung von Wasserquellen sowie den gleichberechtigten Zugang für alle Nutzungen und Lebewesen zu gewährleisten und die Bevölkerung dabei einzubeziehen.

Abschließend heißt es in Punkt zwölf, es gehe um die "Änderung der anthropozentrischen Sichtweise und Hinwendung zu einem harmonischeren Modell mit Mutter Erde, bei dem Wasser für alle Lebewesen und alle Lebenssysteme von grundlegender Bedeutung ist".

Laut Unicef haben derzeit rund zwei Milliarden Menschen weltweit keinen regelmäßigen Zugang zu sauberem Wasser. Etwa 771 Millionen Menschen haben keine Grundversorgung mit Trinkwasser. Die Hälfte der Weltbevölkerung verfügt zu Hause nicht über sichere sanitäre Anlagen.

[amerika21](#)

Einige Webseiten:

<https://www.unwater.org/publications/un-world-water-development-report>

<https://www.unicef.de/informieren/aktuelles/blog/-/weltwassertag-2023-zehn-fakten-ueber-wasser/275338>

Wasser in Lateinamerika: <https://www.npla.de/tag/wasser/>

<https://www.verdi.de/themen/internationales/wasser-ist-menschenrecht>

In Portugal bauen sie in einer der trockensten Gemeinden Europas Gemüse an – Bericht von Reporterre

FIAN „Priorität für das Menschenrecht auf Wasser“

Pressemitteilung - Köln, 21. März 2023 – Obwohl die Vereinten Nationen im Jahr 2010 das Menschenrecht auf Wasser anerkannt haben, besitzen noch immer 2,2 Milliarden Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Zum morgigen Weltwassertag fordert die Menschenrechtsorganisation FIAN die Bundesregierung auf, bei der Außenwirtschaftsförderung und der Kooperation mit dem Privatsektor das Menschenrecht auf Wasser zum bedingungslosen Kriterium zu machen. Zu häufig wird lokalen Gemeinden in den Bereichen Bergbau, Staudammbau oder Agrarinvestitionen der Zugang zu Trinkwasser versperrt.

Unter dem Motto „Accelerating Change“ („den Wandel beschleunigen“) rufen die Vereinten Nationen mit dem diesjährigen Weltwassertag zu mehr Engagement für die Erreichung des sechsten Nachhaltigkeitsziels (SDG 6) auf. Laut der „Agenda 2030“ sollen in sieben Jahren alle Menschen Zugang zu ausreichenden Mengen Trinkwasser haben. Doch die Fortschritte gehen zu langsam voran. FIAN sieht einen Grund dafür in der mangelnden völkerrechtlichen Verbindlichkeit der Agenda 2030.

FIAN stößt immer wieder auf Fälle, in denen die Außenwirtschaftsförderung und die Kooperation der Bundesregierung mit der Privatwirtschaft im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit – zum Beispiel bei der Ausweitung von Plantagen oder dem Bergbau – dazu führen, dass ländliche Gemeinden ihren Zugang zu Trinkwasser verlieren.

„Die Verwirklichung der Menschenrechte muss bei den am stärksten ausgegrenzten Gruppen beginnen, zu denen kleinbäuerliche Gemeinden im globalen Süden gehören,“ fordert Gertrud Falk, Referentin bei FIAN Deutschland. „Die Bundesregierung ist völkerrechtlich verpflichtet, hierauf auch bei der Förderung von Wirtschaftsunternehmen im Ausland zu achten. Nur so kann das Ziel erreicht werden, dass das Menschenrecht auf Wasser für alle Menschen verwirklicht wird“. Auch die von der UN-Vollversammlung beschlossene „Erklärung für die Rechte von Kleinbäuer*innen und anderen Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten“ (UNDROP) betont die staatlichen Pflichten, das Recht auf Wasser für die ländliche Bevölkerung zu respektieren und zu schützen.

Insbesondere Frauen sind von mangelndem Zugang zu sauberem Wasser betroffen, da sie in fast allen Gesellschaften im globalen Süden für die Versorgung ihrer Familien zuständig sind. Je weitere Wege sie zurücklegen müssen, desto größer ist ihr Risiko, Opfer von Gewalt zu werden; für Mädchen verringert sich oftmals der Bildungserfolg. In seinem aktuellen Bericht weist der UN-Sonderberichterstatter für Saubere Umwelt, Prof. David Boyd, zusätzlich darauf hin, dass der Zugang zu sauberem Wasser wichtig für die reproduktive Gesundheit von Frauen und Mädchen sowie

für die nötige Hygiene während der Menstruation ist. „Die Verletzung dieser staatlichen Pflichten, das Menschenrecht auf Wasser zu respektieren und zu schützen, steht im Widerspruch zur feministischen Außen- und Entwicklungspolitik, welche die Bundesregierung sich auf die Fahnen geschrieben hat“, kritisiert Falk.

Von FIAN dokumentierte Fallbeispiele:

Bauxitmine in Guinea – UFK-Garantie der Bundesregierung für einen Kredit der ING Diba für die Erweiterung einer Bauxitmine in Guinea. Durch die Erweiterung wurden bisher 13 Dörfern der Zugang zu Wasser genommen. Gleichzeitig gehört Guinea gemäß Analysen von UNICEF zu den zehn Ländern, in denen die Kinder aufgrund unzureichender Versorgung mit Trinkwasser, Sanitäranlagen und Hygiene und damit verbundenen Krankheiten am stärksten gefährdet sind. Weitere Informationen zum Fall: [FIAN](#) und zu [UNICEF](#):

Eukalyptus-Plantagen in Paraguay – Die DEG, privatwirtschaftlicher Arm der KfW, hält Anteile am Luxemburger Unternehmen PAYCO, einem der größten Landbesitzer in Paraguay. Dieser hat unter anderem große Eukalyptus-Plantagen angelegt. Die Plantagen entziehen dem Boden extrem viel Wasser und benötigen wie auch die Soja-Plantagen des Unternehmens große Mengen Pestizide, was die Gefahr mit sich bringt, dass das Grundwasser mit Giften verunreinigt wird. Trotz dieser Wasserproblematiken ist die DEG nicht bereit, genaue Daten dazu zu veröffentlichen, damit die Auswirkungen auf die Bevölkerung konkreter bemessen werden können. Gemeinsam mit dem European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) führt FIAN deswegen eine [Auskunftsklage](#) gegen die DEG: /

Gensoja in Brasilien – Die Ärzteversorgung Westfalen Lippe, eine Pflichtversicherung für Ärzt*innen in NRW, legt ihr Geld über mehrere Fonds in einem Landfonds an, der in Brasilien 133.000 Hektar Land aufgekauft hat, um vor allem Gensoja im industriellen Stil anzubauen. In der Region MATOPIBA führt dies zu illegaler Aneignung von Land durch Investor*innen. Durch Entwaldung und den monokulturellen Soja-Anbau wird der Zugang zu Wasser für die ländliche Bevölkerung dort zunehmend erschwert, sowie Böden und Wasser durch vermehrten Pestizideinsatz auf den Soja-Feldern kontaminiert. In Deutschland hat das Finanzministerium des Landes NRW die Aufsichtspflicht über die ÄVWL. Dieses sieht in der Angelegenheit aber keinen Handlungsbedarf. - [FIAN](#)

FIAN-Broschüre: [Das Menschenrecht auf Wasser](#)

FIAN: [Mehr zum Thema Wasser](#)

FIAN ist eine Mitgliedsorganisation von Attac DE

Gilles Sabatier, Attac Frankreich

Der Kampf gegen die Mega-Becken

Was ist ein Mega-Becken?

Es handelt sich um ein künstliches, sehr großes Wasserreservoir, im Durchschnitt 10 Hektar groß, 8 Meter tief, mit einer Plastikplane ausgekleidet und von einem 10 Meter hohen Damm umgeben. Ihre Befürworter behaupten, dass diese Becken im Winter Regenwasser auffangen können.

Natürlich regnet es nicht genug, um die Becken zu füllen; alle verfügen über ein Pumpsystem, das Wasser aus dem Grundwasser oder aus nahegelegenen Flüssen entnimmt. Dies bleibt nicht ohne Folgen für das Trinkwasser und die Artenvielfalt; einige Wasserläufe trocknen infolge des Baus von Bassins aus.

Außerdem verschwinden 20% dieses Wassers durch Verdunstung. Auf diese Weise wird der Wasserkreislauf erheblich gestört. Paradoxerweise werden die Anwohner in diesen Dürreperioden aufgefordert, ihren Wasserverbrauch einzuschränken.

Die Becken werden zur Bewässerung großer, produktionsintensiver und exportorientierter Betriebe verwendet, wie z. B. für den Anbau von Mais, der für die Massentierhaltung verwendet wird. Diese Landwirtschaft verwendet darüber hinaus Inputs, die sich auf die Wasserqualität auswirken.

So kommt es zu einer Privatisierung des Wassers zum Nutzen von nur 6 % der Landwirte in dem betroffenen Gebiet.

Der Bau der Becken wird zu über 70 % mit öffentlichen Geldern finanziert, insbesondere durch die Agence de l'Eau, die ihrerseits teilweise durch eine Steuer finanziert wird, die auf den Rechnungen der Wassernutzer erhoben wird.

In der Region Poitou-Charentes, im Berry und in ganz Frankreich werden immer mehr Wasserbecken gebaut. Die verschiedenen Wasserbeckenprojekte sind auf einer Karte verzeichnet, die online verfügbar ist.

<https://bassinesnonmerci.fr/>

Die Mobilisierung gegen die Mega-Becken.

Bassines Non merci (BNM) ist ein Bürgerkollektiv, dem Einzelpersonen, Vereine, Gewerkschaften und politische Parteien angehören. Seit seiner Gründung kämpft es an verschiedenen Fronten: juristisch (indem es Rechtsmittel einlegt), politisch (indem es beispielsweise an parlamentarischen Untersuchungsausschüssen teilnimmt) und durch Bürgermobilisierungen.

BNM wurde von Les Soulèvements de la Terre (Aufstände der Erde) unterstützt. Les Soulèvements de la Terre ist "ein Versuch, ein Netzwerk lokaler Kämpfe aufzubauen und gleichzeitig eine Bewegung für Widerstand und Landumverteilung auf breiterer Ebene anzustoßen [1]". In Verbindung mit den lokalen Kämpfen organisieren sie Massendemonstrationen und rufen dazu auf, aus dem ganzen Land zu kommen.

Diese beiden Kollektive haben **die großen Demonstrationen organisiert**, die seit 2022 stattfanden und immer mehr DemonstrantInnen mobilisierten. Nach einer ersten De-

monstration am 16. September 2021 versammelten sich am 6. November 2021 3000 Menschen in Mauzé sur le Miignon, wo die Demonstranten eine Pumpe abbauten und ein Becken vom Schlamm befreiten. Am 26. März 2022 demonstrierten dann 7000 Menschen in La Rochenard.

Die Schlacht von Sainte-Soline (im Département 79 = Deux-Sèvres) am 29. Oktober 2022

Das im Bau befindliche Becken in Sainte-Soline soll ein Volumen von 730.000 m³ umfassen. [...] Mit anderen Worten: ein gigantisches Projekt. Ein Aufruf zu einer Demonstration drei Wochen nach Beginn der Bauarbeiten wurde verfasst. Der Termin wurde dann auf den 29. Oktober festgelegt.

Eine Demonstration wurde von den Gewerkschaften Solidaires 79 und CGT 79 angemeldet, aber von der Präfektur untersagt. Trotz eines Fahrverbots auf den umliegenden Straßen liefen ab Freitag Hunderte von Menschen zum Camp auf einer Wiese zusammen, die von einem Bauern zur Verfügung gestellt worden war, der früher für die Bassins gewesen war und nun aktiv am Kampf teilnimmt. [...] Die Demonstranten spielten Katz und Maus mit den 1700 Gendarmen, die LBDs und Entschärfungsgranaten einsetzten. [...]

Das Ziel wurde erreicht, indem man die Vielfalt der Taktiken nutzte. Es gab jedoch zahlreiche Verletzte, von denen einige durch LBDs im Gesicht getroffen wurden. Es wurden wahllos Personen festgenommen; sie standen am 28. November vor Gericht und wurden zu Bewährungsstrafen verurteilt. Es wurde Berufung eingelegt.

Was die Mobilisierung betrifft, so geht sie weiter: Für den 25. März ist eine neue Demonstration in Poitou angekündigt!

[Attac FR](#)

Umfangreiche [Fotoreihe](#) von Bassines non merci



Berichte über die riesigen Demos (rund 30 000 Menschen) und weiteren Aktionen Ende März 2023 und die scharfe [Polizeirepression](#) mit Schwerverletzten

<https://reporterre.net/Luttes>

Frieden

Andreas Zumach Rückkehr zum Völkerrecht oder Präventivkrieg als Dauerzustand

Gut ein Jahr nach Beginn des Putinschen Angriffskrieges gibt es ein diffuses Bild, was die Parteinahme für die Kriegsparteien anbelangt. Während der Westen, militärisch verkörpert durch die NATO, eindeutig die Ukraine unterstützt, verhalten sich viele Staaten des Globalen Südens ausgesprochen indifferent und abwartend, was eine Verurteilung Russlands anbelangt.

Dabei kann gar kein Zweifel daran bestehen, dass durch Putins Krieg völkerrechtliche und menschenrechtlichen Normen massiv unterminiert, ausgehöhlt und in ihrer Wirksamkeit und politischen Bindungskraft geschwächt werden. Doch dieser Krieg ist eben keineswegs singulär, was insbesondere im globalen Süden unvergessen ist. Schon zwischen 1949 und 1989, also in der Phase des Kalten Krieges, sorgten ausgerechnet vier ständige und vetoberechtigte Mitglieder des UN-Sicherheitsrates für die Aushöhlung und Schwächung der Vereinten Nationen, nämlich USA, Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich mit ihren kriegesischen Interventionen in Vietnam, Algerien, Afghanistan, Nordirland, den Falklandinseln und in anderen Ländern des Globalen Südens.

Und nach dem Ende des Kalten Krieges 1989 setzte sich dieser Aushöhlungs- und Schwächungsprozess der internationalen Völkerrechts- und Menschenrechtsnormen fort. Und zwar vor allem mit den Kriegshandlungen und Verbrechen der USA und verbündeter NATO-Staaten gegen/in Ex-Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Syrien und der von den USA geführten Drohnenmordkampagne sowie mit Russlands Krieg und Verbrechen in Tschetschenien, Syrien und mit der Annexion der Krim.

250 Kriege während der vergangenen 60 Jahre

Zweifelloos der Höhepunkt dieser Entwicklung war der Irakkrieg, der am 20. März vor 20 Jahren begann. In der Folge dieses Krieges und der nachfolgenden, ebenfalls völkerrechtswidrigen achtjährigen Besatzung Iraks durch die USA verloren rund eine Million IrakerInnen ihr Leben. Dieser von Washington und London mittels gefälschter Beweise für angebliche Massenvernichtungswaffen Saddam Hussein herbeigeführte Krieg stellt den schwersten Anschlag auf das Völkerrecht und die UNO seit ihrer Gründung im Jahre 1945 dar.¹ Zwar waren – mit vielleicht ein, zwei Ausnahmen – sämtliche über 250 Kriege, die in den letzten 60 Jahren weltweit geführt wurden, ein Verstoß gegen das Gewaltverbot der UN-Charta. Doch niemals zuvor erfolgte ein solcher Verstoß so kalkuliert und unter so absichtsvoller Missachtung des Willens der überragenden Mehrheit der UN-Mitgliedsstaaten wie im Fall des Irakkrieges. Und erstmals wurde ein Krieg ausdrücklich unter Berufung auf eine mili-

tärische Präventivdoktrin geführt. Damit wurden das Völkerrecht und die Institution der Vereinten Nationen grundsätzlich in Frage gestellt. Auf diesen Umstand wies der damalige UN-Generalsekretär Kofi Annan in seiner historischen Eröffnungsrede zur Generalversammlung am 23. September 2003 hin.

Doch selbst einstmals erklärte Kriegsgegner unter den UN-Mitgliedsregierungen hielten sich mit Kritik an dieser Präventivkrieg-Doktrin – wie auch grundsätzlich an der Völkerrechtswidrigkeit des Krieges – auffallend zurück. Das galt insbesondere für die rot-grüne Koalition in Berlin, von der – obwohl sie sich klar gegen die Kriegsbeteiligung aussprach – derartige Kritik weder vor noch während oder seit dem Krieg zu hören war. Und auch von keiner anderen deutschen Bundesregierung gab es nach Ende des Krieges nennenswerte Kritik. Von Versuchen, die für den Krieg Verantwortlichen in der amerikanischen oder englischen Regierung einem Gericht zuzuführen, ganz zu schweigen.

Hätte die rot-grüne Bundesregierung den Krieg damals für völkerrechtswidrig erklärt, dann wäre sie gezwungen gewesen, der Bush-Administration ihre umfangreichen logistischen und militärischen Unterstützungsleistungen für diesen Krieg zu verweigern. Zudem fand die Option auf den präventiven Einsatz militärischer Mittel (ohne eindeutige Bindung an ein Mandat des UN-Sicherheitsrates) inzwischen Eingang in die neue Sicherheitsstrategie der Europäischen Union. Und bei der derzeit laufenden Neuformulierung ihrer nationalen Militärstrategien planen auch Russland und Frankreich die ausdrückliche Aufnahme präventiver militärischer Handlungsoptionen.

Viele Militärplaner betrachten den Irakkrieg also offenbar als willkommenen Präzedenzfall – eine Tendenz, auf die der UN-Generalsekretär bereits reagierte. Damals setzte Kofi Annan eine Expertenkommission mit dem Auftrag ein, bis zur nächsten Generalversammlung eine Zauberformel zu finden, die präventives militärisches Handeln innerhalb der (unveränderten) Bestimmungen der UN-Charta regelt. Doch tatsächlich geht es um eine Entweder-oder-Situation. Seit dem Irakkrieg steht die internationale Staatenwelt vor der historischen Alternative: Rückkehr zum Völkerrecht oder Präventivkrieg als Dauerzustand. Wie dramatisch dieser Einbruch war, zeigt sich daran, dass sich auch Putin heute auf einen angeblichen Präventivkrieg gegen das „faschistische Regime in Kiew“ und den gesamten „kollektiven Westen“ beruft.

Selektivität und doppelte Standards

Anders war die Lage im Kalten Krieg: In den vier Jahrzehnten der Ost-West-Blockkonfrontation hielten sich die Akteu-

re feindlicher Lager ihre jeweiligen Verstöße nur selten gegenseitig vor. Zuständige Gremien wie der Sicherheitsrat in New York und die Menschenrechtskommission (seit 2006: Menschenrechtsrat) in Genf, in denen diese Verstöße hätten thematisiert, politisch verurteilt oder sogar sanktioniert werden können, waren durch die globale Ost-Westkonfrontation völlig blockiert und handlungsunfähig.

Im Kontext dieser Konfrontation wurden auch viele der formal blockunabhängigen UNO-Staaten immer wieder von der einen oder anderen Seite für ihre Interessen instrumentalisiert. Das führte dazu, dass auch die Generalversammlung von der Möglichkeit, bei einem „Bruch des Friedens“ einzugreifen, die sie 1950 wegen der monatelangen Blockade und Handlungsunfähigkeit des Sicherheitsrates im Koreakrieg durch ein sowjetisches Veto mit ihrer Resolution „Uniting for Peace“ geschaffen hatte, seitdem nur in elf weiteren Fällen Gebrauch gemacht hat. Zuletzt mit der Resolution vom 2. März 2022, in der die Generalversammlung auf einer „Notstandssitzung“ Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine mit der Mehrheit von 141 der 193 Mitgliedstaaten als „Bruch der UNO-Charta“ verurteilte und die Regierung Putin zur Einstellung aller Angriffshandlungen und zum „sofortigen, bedingungslosen und vollständigen Abzug“ ihrer Invasionstruppen aufforderte. Mit Russland stimmten lediglich Belarus, Eritrea, Nordkorea und Syrien gegen die Resolution. Insgesamt 35 Länder, darunter China, Indien, Irak, Pakistan und Südafrika, enthielten sich der Stimme. Bereits im März 2014 hatte die UNO-Generalversammlung mit der Mehrheit von 100 gegen 11 Stimmen bei 58 Enthaltungen auch Russlands Annexion der Krim als Verstoß gegen die Prinzipien der UNO-Charta und damit als völkerrechtswidrig eingestuft und das Referendum vom 16. März 2014 über eine Sezession (Abspaltung) der Krim von der Ukraine für „ungültig“ erklärt.

Ziemlich klar war auch die Lage im Sicherheitsrat. Dort hatte – vor der Abstimmung in der Generalversammlung am 2. März 2022 – ein entsprechender Resolutionsentwurf am 24. Februar 11 Ja-Stimmen erhalten, war aber am Veto Russlands gescheitert. China, Indien und die Vereinigten Arabischen Staaten (VAE) enthielten sich der Stimme. Theoretisch hätte die Generalversammlung auch über die Verurteilung Russlands hinausgehen und – so wie 1950 im Fall des Korea-Konflikts – konkrete Maßnahmen beschließen können, von Sanktionen bis hin zur Entsendung von UNO-Truppen. Doch die Bereitschaft von UN-Mitgliedern außerhalb des Gebiets der OSZE, sich im Ukrainekrieg zu engagieren, ist sehr gering – nach wie vor wird dieser als ein innereuropäischer Konflikt wahrgenommen.

Die Pandorabüchse war schon geöffnet

Hier rächt sich, dass die internationale Debatte über die Verletzung völkerrechtlicher und menschenrechtlicher Normen spätestens seit Ende der 90er-Jahre immer stärker durch doppelte Standards geprägt ist, sprich: durch die selektive Anwendung dieser Normen und durch Whataboutism – also durch den Versuch, von eigenen Verstößen abzulenken oder

diese zu verharmlosen durch Verweis auf (tatsächliche oder auch nur vermeintliche) Verstöße Anderer.

Das geschieht von westlichen PolitikerInnen und vielen Medien mit Blick auf Verstöße Russlands – genauso wie umgekehrt. Eine entscheidende Rolle spielt dabei der Kosovokrieg von 1999. So kontert die russische Seite bis heute jegliche Kritik an der völkerrechtlichen Annexion der Krim mit ihrer Kritik am völkerrechtswidrigen NATO-Luftkrieg gegen Serbien und der nachfolgenden Abspaltung des Kosovo.

Tatsächlich ist die weitverbreitete Behauptung westlicher PolitikerInnen und Medien falsch, wonach der Überfall Russlands auf die Ukraine „der erste Anschlag seit Ende des Kalten Krieges auf die Europäische Friedensordnung“ sei – oder „der erste Angriff auf einen souveränen Staat“ bzw. oder „der erste Versuch, Grenzen in Europa mit Gewalt zu verändern“. Denn diese Pandorabüchse hat die NATO mit ihrem Luftkrieg gegen Serbien und der nachfolgenden gewaltsamen Abtrennung des Kosovo geöffnet.²

Allerdings gerät der Hinweis auf diese unbestreitbare Tatsache häufig zur völlig indiskutablen Relativierung, Verharmlosung oder gar zur Rechtfertigung russischer Verstöße gegen Völkerrechts- und Menschenrechtsnormen. Und das nicht nur aus dem Mund russischer Politiker oder Staatsmedien, sondern auch bei Diskussionen zwischen Menschen, die sich zur Friedensbewegung zählen.

Blockade des Sicherheitsrats

Eines allerdings bleibt eine Tatsache: Bis zu Russlands Krieg gegen die Ukraine wurde in den Ländern des globalen Südens – und zwar nicht nur in autokratisch/diktatorisch regierten, sondern auch in Demokratien – der selektive Umgang mit Völkerrechts- und Menschenrechtsnormen aufgrund eigener Betroffenheit in erster Linie als ein Problem der Staaten der westlichen „Wertegemeinschaft“ wahrgenommen. Zu dieser Wahrnehmung hat beigetragen, dass die drei westlichen Vetomächte im Sicherheitsrat, also die USA, Großbritannien und Frankreich, es mit ihrer politischen, wirtschaftlichen und militärischen Macht immer verhindert haben, dass sie für ihre völkerrechtswidrigen Kriege oder ihre Kriegs- und Besatzungsverbrechen verurteilt wurden. Das gilt zum Beispiel für den Vietnam-Krieg der USA (1964–1975), Frankreichs Krieg in Algerien (1954–1962) oder für den gemeinsamen Krieg der USA und Großbritanniens gegen Irak im Jahr 2003. Als Südafrika den Versuch unternahm, diesen Krieg einer „Koalition der Willigen“ in einer Resolution der Generalversammlung als völkerrechtswidrig zu qualifizieren, bestellte die damalige US-Regierung von George W. Bush die südafrikanische Botschafterin in Washington ein und erstickte diese Initiative mit massiven Drohungen gegen Pretoria im Keim. Wer – wie die US-Regierung – den Irakkrieg bis heute zu rechtfertigen versucht oder ihn – wie auch viele Medien in Deutschland – lediglich als «Fehler» bezeichnet, ist wenig glaubwürdig, wenn er heute Putin-Russlands Krieg gegen die Ukraine – völlig zu Recht – als völkerrechtswidrig und verbrecherisch kritisiert.

Zu dem Glaubwürdigkeitsverlust haben auch die Drohungen der USA gegen den Internationalen Strafgerichtshof beigetragen, um unliebsame Ermittlungen zu mutmaßlichen Verbrechen von US-Soldaten in Afghanistan und anderswo zu verhindern.

Ebenfalls als selektive Anwendung von völker- und menschenrechtlichen Normen wahrgenommen wird die fehlende Kritik oder gar offene Unterstützung der NATO für die völkerrechtswidrige Kriegsführung ihres Mitglieds Türkei gegen die Kurden.

Dasselbe gilt seit Jahrzehnten für das mangelnde Engagement der westlichen Staaten zur Umsetzung der zahlreichen Resolutionen von UNO-Sicherheitsrat und Generalversammlung für eine gerechte Friedenslösung im Konflikt Israel/Palästina.

In jüngster Zeit hat die anhaltende Weigerung der nördlichen Industriestaaten, die bereits im September 2020 von über hundert UNO-Staaten aus dem globalen Süden beantragte Aussetzung der Patente für Corona-Impfstoffe zu ermöglichen, zum Glaubwürdigkeitsdefizit weiter beigetragen.

Dasselbe gilt für die seit Jahren anhaltende Blockade der Verhandlungen im UNO-Menschenrechtsrat in Genf über ein von den Ländern des Südens angestrebtes Abkommen über völkerrechtlich verbindliche Menschenrechts-, Umwelt- und Sozialnormen für transnationale Konzerne mit wirksamen Überwachungs-, Durchsetzungs- und Sanktionsmechanismen.

Whataboutism und Orwellscher Neusprech

Und diese Selektivität der westlichen Wahrnehmung zeigte sich auch bei der letzten UNO-Generalversammlung. Wer den ersten 35 RednerInnen zuhörte, konnte meinen, die 33 Männer und zwei Frauen lebten in verschiedenen Welten. Bei den Auftritten von Bundeskanzler Olaf Scholz und anderer Regierungschefs aus den Mitgliedsländern von NATO und EU sowie mit ihnen verbündeter Staaten wie Japan oder von Ignazio Cassis aus der Schweiz war Putin-Russlands Krieg gegen die Ukraine das alles beherrschende Thema. Andere aktuelle Kriege – etwa im Jemen oder in den vom NATO-Mitglied Türkei bekämpften Kurdengebieten in Syrien und im Irak – kamen in diesen Reden überhaupt nicht zur Sprache. Auch die Krisen, Katastrophen und Bedrohungen wie Hunger, Klimawandel, gestiegene Energiepreise, Umweltzerstörung und die Folgen der Corona-Pandemie, die vor allem den globalen Süden betreffen, wurden – wenn überhaupt – nur am Rande erwähnt.

In den Reden des senegalischen Präsidenten Macky Sall – des derzeit Vorsitzenden der Afrikanischen Union – und der anderen Regierungschefs aus Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas war es hingegen genau umgekehrt. Sie konzentrierten sich – ebenso wie UNO-Generalsekretär Antonio Guterres in seiner Rede zur Eröffnung der Generalversammlung – auf die globalen Krisen. Guterres kritisierte, dass zur Finanzierung dringender humanitärer Maßnahmen der UNO in Krisenregionen des Südens derzeit «32 Milliarden US-Dollar fehlen, soviel wie nie zuvor».

All diese Erfahrungen mit dem Westen haben dazu beigetragen, dass die allermeisten UN-Mitglieder trotz politischer Verurteilung von Russlands Ukrainekrieg die von den USA und der EU initiierten Sanktionen gegen Russland nicht mittragen. Doppelte Standards und Selektivität bei der Annahme völkerrechtlicher und menschenrechtlicher Normen, Whataboutism und Orwellscher Neusprech zur Verschleierung eigener Verstöße: All das wirkt als schleichendes Gift zur Zersetzung und weiteren Schwächung der politischen Bindungskraft dieser universellen Normen.

Und dieses Problem hat sich noch erheblich verschärft, seit sich China etwa seit Anfang 2021 aktiv an der gegenseitigen Aufrechnung tatsächlicher oder vermeintlicher Verstöße beteiligt. Bis dato hatten die chinesischen Diplomaten zwar im Menschenrechtsrat der UNO immer mit viel Energie (und zum Teil auch mit Erfolg) versucht, kritische Resolutionen zur Menschenrechtslage in China zu verhindern. Doch seit Frühjahr 2022 treten Chinas VertreterInnen in der UNO mit scharfer Kritik auf an (tatsächlichen oder vermeintlichen) Menschenrechtsverstößen in westlichen Demokratien, insbesondere in den USA, und bringen Resolutionentwürfe zur Verurteilung dieser Verstöße ein. Möglicherweise ist das eine Reaktion auf die Kritik des Westens an der Unterdrückung der Uiguren in der chinesischen Provinz Xingjang. Oder auch ein Versuch, die Anwürfe zu kontern, die vor allem der ehemalige US-Präsident Donald Trump nach Ausbruch der Coronapandemie Ende 2019 gegen China erhoben hatte.

Für die Zukunft der internationalen Konfliktbeilegung verheißt das nichts Gutes, im Gegenteil: Der Schulterchluss, den Moskau und Peking im Ukrainekrieg vollziehen, lässt für die kommenden Jahre oder gar Jahrzehnte einen Rückfall in die Blockade der Vereinten Nationen während des Kalten Krieges befürchten. Damit droht die Stärke des Rechts endgültig durch das Recht des Stärkeren ersetzt zu werden.

Koalition für die Abschaffung des Veto-Rechts

Daher herrscht in einem Punkt unter den 193 Mitgliedern der UNO-Generalversammlungen ein Konsens zwischen fast allen westlichen Staaten – mit Ausnahme der Sicherheitsratsmitglieder USA, Frankreichs und Großbritanniens – und sämtlichen Ländern des Südens: Die derzeitige, 1945 in der UNO-Charta festgelegte Zusammensetzung des Sicherheitsrates wird als historisch überholt kritisiert und seine Reform durch eine Erweiterung um zusätzliche Mitglieder gefordert.

Die allermeisten Staaten fordern die Abschaffung des Vetos der fünf ständigen Mitglieder. Denn dieses Veto – oder oft auch nur schon seine Androhung – wurde in den letzten 77 Jahren fast immer nur dazu eingesetzt, die Handlungsfähigkeit des Rates in den Fragen seiner exklusiven Zuständigkeit für die Bewahrung/Wiederherstellung des Friedens und der internationalen Sicherheit zu verhindern. Letztes Beispiel war besagtes Veto Russlands vom 24. Februar gegen die Resolution zur Verurteilung des am selben Tag begonnenen Angriffskrieges gegen die Ukraine.

Die deutsche Bundesregierung hingegen strebt für Deutschland die ständige Mitgliedschaft im Sicherheitsrat *mit einem Vetorecht* an. Dass der Regierungsvertreter eines UNO-Mitgliedslandes so wie Bundeskanzler Olaf Scholz seinen Auftritt vor der Generalversammlung nutzt zur Formulierung dieser Forderung, ist allerdings seit Beginn der Debatte um eine Reform des Sicherheitsrates nach Ende des Kalten Krieges nur einmal vorgekommen: Im September 1993 preschte der damalige Bundesaußenminister Klaus Kinkel (FDP) völlig überraschend und ohne Absprache mit Kanzler Helmut Kohl mit dieser Forderung vor. Seitdem schürten sämtliche Bundesregierungen die Illusion, dass diese Forderung in absehbarer Zeit erfüllt würde. Kinkel sagte den Einzug Deutschlands als ständiges Mitglied des Sicherheitsrates bereits zum 50. Gründungsjubiläum im Jahr 1995 voraus und – als daraus nichts wurde – für das Jahr 2000.

Die Länder des Südens, die völlig zu Recht eine stärkere Vertretung ihrer Weltregionen Afrika, Asien und Lateinamerika im Sicherheitsrat fordern, sind da viel realistischer. Sie wissen, dass eine Erweiterung des Rates nicht nur am Widerstand der autokratisch regierten ständigen Mitglieder

Russland und China scheitert, sondern ebenso am Widerstand der drei westlichen Demokratien USA, Frankreich und Großbritannien. Denn alle fünf fürchten gleichermaßen eines – bei einer Erweiterung an Macht und Einfluss zu verlieren.

¹ Vgl. Andreas Zumach, Ein Jahr Irakkrieg. Bilanz des Scheiterns, in: »Blätter«, 3/2004, S. 289-296.

² Im Unterschied zum Ukrainekrieg Russlands gab es beim Luftkrieg der NATO gegen Serbien im Sicherheitsrat nicht einmal den Versuch einer Resolution zu dessen Verurteilung. Denn bei der damaligen Zusammensetzung des Rates schien die zur Annahme mindestens erforderliche Mehrheit von neun Ja-Stimmen aussichtslos und drohte zudem ein sicheres Veto der drei NATO-Staaten USA, Frankreich und Großbritannien. Daher fand auch keine Debatte in der Generalversammlung statt. Allerdings haben bis heute lediglich 115 der 193 UNO-Staaten das Kosovo bilateral als Staat anerkannt, das damit noch immer kein anerkanntes Mitglied der Weltorganisation ist.

Unter dem Titel "[Ein Jahr Ukraine-, 20 Jahre Irakkrieg. Warum der Globale Süden dem Westen nicht traut](#)" erschien der Beitrag zuerst in "[Blätter für deutsche und internationale Politik](#)".

Quelle: bruckstuecke.info

German Foreign Policy Die Jahrestage dreier Angriffskriege

20 Mär 2023 - In diesen Tagen jähren sich drei völkerrechtswidrige Überfälle westlicher Mächte auf fremde Staaten, die zahllose Opfer forderten – auch durch Kriegsverbrechen –, aber bis heute straflos bleiben.

Irak [...] Heute vor 20 Jahren starteten US-Truppen die Invasion in den Irak, an der sich britische, australische und polnische Einheiten beteiligten. Sie wurde mit offenen Lügen legitimiert [...].

Die menschlichen Kosten des Irak-Krieges haben mehrfach Wissenschaftler vom Costs of War Project des Watson Institute for International and Public Affairs an der Brown University in Providence (US-Bundesstaat Rhode Island) zu beziffern versucht; [...] Insgesamt beziffert das Costs of War Project die Zahl der Todesopfer, die bis zum März 2023 im Irak und in den zeitweise IS-kontrollierten Gebieten Syriens zu verzeichnen waren, auf 549.587 bis 584.006, darunter bis zu 348.985 Zivilisten. [...] Die Anzahl der indirekten Todesopfer – durch Kriegsfolgen wie Krankheit, Unterernährung etc. – sei wohl drei- bis viermal so hoch.

Libyen [...] Französische Geheimdienstoffiziere [bestätigten] dem Ausschuss, die tatsächlichen Ziele der französischen Regierung seien gewesen, „Frankreichs Einfluss in Nordafrika zu vergrößern“, stärkeren Zugriff auf die libysche Erdölförderung zu bekommen sowie die Schlagkraft der französischen Streitkräfte zu demonstrieren (german-foreign-policy.com berichtete [4]). Ein UN-Mandat zum Schutz der Zivilbevölkerung wurde zum Sturz der Regierung missbraucht, also gebrochen. [...] Der Krieg hat Libyen nicht nur materiell, sondern auch gesellschaftlich weitestgehend zerstört; immer wieder sind Kämpfe zwischen unterschiedlichen Milizen zum Bürgerkrieg eskaliert. Zwölf Jahre nach dem NATO-Krieg liegt das Land immer noch am Boden.

Jugoslawien - Vor 24 Jahren wiederum überfiel die NATO Jugoslawien – ohne ein Mandat des UN-Sicherheitsrates und damit unter Bruch des Völkerrechts. Begründet wurde der Angriffskrieg mit der Behauptung, im Kosovo drohe eine sogenannte ethnische Säuberung. Interne Berichte widerlegen dies; so hieß es etwa am 19. März 1999 in einem Dokument der OSZE, die Lage „über die ganze Region hinweg“ sei „angespannt, aber ruhig“, während Fachleute im Bonner Verteidigungsministerium noch am 22. März konstatierten, Tendenzen zu „ethnischen Säuberungen“ seien „weiterhin nicht erkennbar“. [...]

Die Staats- und Regierungschefs, die die völkerrechtswidrigen Angriffskriege befohlen haben, sind dafür nie zur Verantwortung gezogen worden. Das gilt für US-Präsident George W. Bush, den britischen Premierminister Tony Blair und den polnischen Präsidenten Aleksander Kwaśniewski (Irak-Krieg 2003) genauso wie für den französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy (Libyen-Krieg 2011) bzw. Kanzler Gerhard Schröder und Vizekanzler Joseph Fischer (Jugoslawien-Krieg 1999).

[...] Verfolgt werden stattdessen Journalisten und Whistleblower, die die Kriegsverbrechen öffentlich machen. Das gilt etwa für den australischen Militäranwalt David McBride, der vor Gericht steht, weil er geholfen hat, australische Kriegsverbrechen öffentlich bekannt zu machen [13], sowie für den Journalisten, der im Londoner Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh auf die Auslieferung in die USA wartet, da er US-Kriegsverbrechen im Irak dokumentierte: Julian Assange.

IRAK-Krieg

Rede von Arundati Roy auf dem Weltsozialforum in Mumbai (Indien) 2004 : „WIR müssen der globale Widerstand gegen die Besatzung werden !“ und **Dokumentation** der Debatten anlässlich dieser Rede **in SiG 30**

Joachim Guilliard: Zwanzig Jahre nach der US-Invasion in den Irak – Erinnerung an ein Menschheitsverbrechen, [Telepolis](#)

Eine historische Rede gegen den Irak-Krieg: Robert Finlayson Cook genannt **Robin Cook**, war britischer Politiker (Labour) und von 1997 bis 2001 unter Tony Blair Außenminister von Großbritannien. Ab 2001 war er Leader of the House of Commons. Am 17. März 2003 trat er aus Protest gegen den Kurs der Regierung von Tony Blair im Irak-Konflikt zurück.

„Einen Krieg ohne internationale Unterstützung und ohne Rückhalt im Inland kann ich nicht unterstützen“.

Seine **Rücktrittsrede** gilt als eine der wirkungsvollsten und brilliantesten Rücktrittsreden der modernen britischen Politik.

Ein Nachruf auf Antje Vollmer - einer Versöhnerin und Pazifistin



Foto: [Telepolis](#)

Nach schwerer Krankheit ist Antje Vollmer, Theologin und Mitgründerin der Grünen, ehemalige Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags sowie Autorin mit 79 Jahren am 16. März dieses Jahres gestorben. Sie begriff Politik als Versöhnungsarbeit und scheute dennoch keinen Konflikt.

Als mutige und denkwürdige Versöhnerin hatte sie den Dialog mit den inhaftierten RAF Mitgliedern eingeleitet, die deutsch-tschechische Verständigung auf den Weg gebracht und lange vor dem Mauerfall einen Ausgleich zwischen Ost und West gesucht. Als Pazifistin wandte sie sich gegen den Krieg gegen Jugoslawien, gegen den Irak und gegen Afghanistan. Vielfach setzte sie sich für eine friedliche Lösung des Ukraine-Kriegs ein. Ihr Name steht nicht nur unter dem Offenen Brief an Bundeskanzler Scholz. Sie unterzeichnete auch das „Manifest für Frieden“ von Sahra Wagenknecht und Alice Schweizer.

Ende Februar – bereits schwer krank – veröffentlichte sie ein denkwürdiges politisches Vermächtnis zum Ukraine-Krieg: „**Was ich noch zu sagen hätte**“.

Die rituelle Wiederholung der Alleinschuld Putins und des Völkerrechtsbruch verdeckte zentrale Fragen.

„Wann und wie entstand aus einer der glücklichsten Phasen in der Geschichte des eurasischen Kontinents, nach dem nahezu gewaltfreien Ende des Kalten Krieges, diese erneute tödliche Eskalation von Krieg, Gewalt und Blockkonfrontation? Wer hatte Interesse daran, dass die damals mögliche friedliche Koexistenz zwischen Ost und West nicht zustande kam, sondern einem erneuten weltweiten Antagonismus anheimfiel?“

Und dann die Frage aller Fragen: Warum nur fand ausge-rechnet Europa, dieser Kontinent mit all seinen historischen Tragödien und machtpolitischen Irrwegen, nicht die Kraft, zum Zentrum einer friedlichen Vision für den bedrohten Planeten zu werden?“

„Der Hass und die Bereitschaft zum Krieg und zur Feind-bildproduktion ist tief verwurzelt in der Menschheit, gerade in Zeiten großer Krisen und existentieller Ängste. Heute aber gilt: Wer die Welt wirklich retten will, diesen kostbaren einzigartigen wunderbaren Planeten, der muss den Hass und den Krieg gründlich verlernen. Wir haben nur diese eine Zukunftsoption. „ [Berliner Zeitung](#)

Sie verweist auf Gorbatschow und sein einzigartiges Friedenswerk für Europa. „Die große Vorleistung des Gewaltverzichtes in der Reaktion auf das Freiheitsbestreben der Völker des Ostblocks galt als nahezu selbstverständlich.“ Mit ihrer Hommage auf Gorbatschow ruft sie in Erinnerung, dass in einer Welt der Feindseligkeit ein Einzelner Frieden bewirken kann.

Ingeborg Schellmann

Siehe auch: Interview von November 2022 auf [Telepolis](#): "Jetzt hilft nur noch die Weisheit des Westfälischen Friedens"

EU-Außenpolitik

„Blockpolitik“ in Südostasien - EU sucht auf erstem Gipfel mit ASEAN ihre Stellung in Südostasien zu stärken, <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9114>

Eine geopolitische EU – Wozu? [Beitrag auf Transform](#)

NATO-Beitritt: Schweden lieferte Flüchtlinge an die Türkei aus, deren Asylanträge abgelehnt wurden. Einer von ihnen war mutmaßlich PKK-Mitglied. [Pressenza](#) 18.12.22

Chinas 12-Punkte-Plan für die Ukraine

Zum ersten Jahrestag des russischen Einmarschs in die Ukraine hat sich China mit einem Friedensplan sowohl an Russland als auch an die Ukraine gewandt. Darin wird die Respektierung der Souveränität aller Länder angesprochen und die strikte Einhaltung des Völkerrechts und der Grundsätze der Vereinten Nationen betont. An beide Parteien wird appelliert, den Konflikt nicht weiter zu verschärfen. Die Sicherheit von Kernkraftwerken sei zu gewährleisten. Die Androhung oder der Einsatz von Atomwaffen, ebenso wie die Weiterverbreitung von Kernwaffen müsse verhindert werden. Alle Parteien sollten Russland und die Ukraine unterstützen, den Dialog wieder aufzunehmen, zu deeskalieren, um einen Waffenstillstand zu erreichen und Verhandlungen zu beginnen. China sei bereit, Hilfe zu leisten und eine konstruktive Rolle zu spielen.

Offizieller Text; Übersetzung von euronews, 24.2.2023

1. Respektierung der Souveränität aller Länder.

Das allgemein anerkannte Völkerrecht, einschließlich der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen, muss strikt eingehalten werden. Die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit aller Länder muss wirksam gewahrt werden. Alle Länder, ob groß oder klein, stark oder schwach, reich oder arm, sind gleichberechtigte Mitglieder der internationalen Gemeinschaft. Alle Parteien sollten gemeinsam die grundlegenden Normen für die internationalen Beziehungen aufrechterhalten und für internationale Fairness und Gerechtigkeit eintreten. Die gleichmäßige und einheitliche Anwendung des Völkerrechts ist zu fördern, während doppelte Standards abgelehnt werden müssen.

2. Abkehr von der Mentalität des Kalten Krieges.

Die Sicherheit eines Landes sollte nicht auf Kosten anderer Länder angestrebt werden. Die Sicherheit einer Region sollte nicht durch die Stärkung oder Ausweitung von Militärblocken erreicht werden. Die legitimen Sicherheitsinteressen und -belange aller Länder müssen ernst genommen und angemessen berücksichtigt werden. Es gibt keine einfache Lösung für ein komplexes Problem. Alle Parteien sollten gemäß der Vision einer gemeinsamen, umfassenden, kooperativen und nachhaltigen Sicherheit und mit Blick auf den langfristigen Frieden und die Stabilität in der Welt dazu beitragen, eine ausgewogene, effektive und nachhaltige europäische Sicherheitsarchitektur zu schaffen. Alle Parteien sollten sich dem Streben nach eigener Sicherheit auf Kosten der Sicherheit anderer widersetzen, eine Blockkonfrontation verhindern und sich gemeinsam für Frieden und Stabilität auf dem eurasischen Kontinent einsetzen.

3. Beendigung der Feindseligkeiten.

Konflikte und Kriege sind für niemanden von Vorteil. Alle Parteien müssen rational bleiben und Zurückhaltung üben, es vermeiden, die Flammen zu schüren und die Spannungen zu verschärfen, und verhindern, dass sich die Krise weiter verschlechtert oder gar außer Kontrolle gerät. Alle Parteien sollten Russland und die Ukraine dabei unterstützen, in die gleiche Richtung zu arbeiten und den direkten Dialog so schnell wie möglich wieder aufzunehmen, um die Situation schrittweise zu deeskalieren und schließlich einen umfassenden Waffenstillstand zu erreichen.

4. Wiederaufnahme der Friedensgespräche.

Dialog und Verhandlungen sind die einzige praktikable Lösung für die Ukraine-Krise. Alle Bemühungen, die zu einer friedlichen Beilegung der Krise beitragen, müssen gefördert und unterstützt werden. Die internationale Gemeinschaft sollte sich weiterhin für den richtigen Ansatz zur Förderung von Friedensgesprächen einsetzen, den Konfliktparteien dabei helfen, so bald wie möglich die Tür zu einer politischen Lösung zu öffnen, und Bedingungen und Plattformen für die Wiederaufnahme von Verhandlungen schaffen. China wird in dieser Hinsicht weiterhin eine konstruktive Rolle spielen.

5. Beilegung der humanitären Krise.

Alle Maßnahmen, die dazu beitragen, die humanitäre Krise zu lindern, müssen gefördert und unterstützt werden. Humanitäre Maßnahmen sollten den Prinzipien der Neutralität und Unparteilichkeit folgen, und humanitäre Fragen sollten nicht politisiert werden. Die Sicherheit der Zivilbevölkerung muss wirksam geschützt werden, und es sollten humanitäre Korridore für die Evakuierung der Zivilbevölkerung aus den Konfliktgebieten eingerichtet werden. Es müssen Anstrengungen unternommen werden, um die humanitäre Hilfe in den betroffenen Gebieten zu verstärken, die humanitären Bedingungen zu verbessern und einen schnellen, sicheren und ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfe zu gewährleisten, um eine humanitäre Krise größeren Ausmaßes zu verhindern. Die Vereinten Nationen sollten bei der Koordinierung der humanitären Hilfe für die Konfliktgebiete unterstützt werden.

6. Schutz von Zivilisten und Kriegsgefangenen (POWs).

Die Konfliktparteien sollten sich strikt an das humanitäre Völkerrecht halten, Angriffe auf Zivilisten oder zivile Einrichtungen vermeiden, Frauen, Kinder und andere Opfer des Konflikts schützen und die Grundrechte der Kriegsgefangenen respektieren. China unterstützt den Austausch von Kriegsgefangenen zwischen Russland und der Ukraine und fordert alle Parteien auf, günstigere Bedingungen für diesen Zweck zu schaffen.

7. Sicherheit von Kernkraftwerken.

China lehnt bewaffnete Angriffe auf Kernkraftwerke oder andere friedliche kerntechnische Anlagen ab und fordert alle Parteien auf, das Völkerrecht, einschließlich des Übereinkommens über nukleare Sicherheit, einzuhalten und von Menschen verursachte nukleare Unfälle entschlossen zu vermeiden. China unterstützt die Internationale Atomener-

gie-Organisation (IAEA) dabei, eine konstruktive Rolle bei der Förderung der Sicherheit friedlicher Nuklearanlagen zu spielen.

8. Verringerung der strategischen Risiken.

Atomwaffen dürfen nicht eingesetzt und Atomkriege dürfen nicht geführt werden. Die Androhung oder der Einsatz von Atomwaffen sollte abgelehnt werden. Die Weiterverbreitung von Kernwaffen muss verhindert und eine nukleare Krise vermieden werden. China lehnt die Erforschung, Entwicklung und den Einsatz von chemischen und biologischen Waffen durch jedes Land unter allen Umständen ab.

9. Erleichterung der Getreideexporte.

Alle Parteien müssen die von Russland, der Türkei, der Ukraine und den Vereinten Nationen unterzeichnete Schwarzmeer-Getreide-Initiative in ausgewogener Weise vollständig und wirksam umsetzen und die Vereinten Nationen dabei unterstützen, eine wichtige Rolle in dieser Hinsicht zu spielen. Die von China vorgeschlagene Kooperationsinitiative zur globalen Ernährungssicherheit bietet eine praktikable Lösung für die globale Nahrungsmittelkrise.

10. Beendigung einseitiger Sanktionen. Einseitige Sanktionen und maximaler Druck können das Problem nicht lösen; sie schaffen nur neue Probleme. China lehnt einseitige,

vom UN-Sicherheitsrat nicht genehmigte Sanktionen ab. Die betroffenen Länder sollten aufhören, einseitige Sanktionen und die "weitreichende Gerichtsbarkeit" gegen andere Länder zu missbrauchen, um ihren Teil zur Deeskalation der Ukraine-Krise beizutragen und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Entwicklungsländer ihre Wirtschaft ausbauen und die Lebensbedingungen ihrer Bevölkerung verbessern können.

11. Aufrechterhaltung der Industrie- und Lieferketten.

Alle Parteien sollten sich ernsthaft für den Erhalt des bestehenden Weltwirtschaftssystems einsetzen und sich dagegen wehren, die Weltwirtschaft als Werkzeug oder Waffe für politische Zwecke zu benutzen. Es bedarf gemeinsamer Anstrengungen, um die Auswirkungen der Krise abzumildern und zu verhindern, dass sie die internationale Zusammenarbeit in den Bereichen Energie, Finanzen, Lebensmittelhandel und Verkehr stört und die weltweite wirtschaftliche Erholung untergräbt.

12. Förderung des Wiederaufbaus nach Konflikten.

Die internationale Gemeinschaft muss Maßnahmen ergreifen, um den Wiederaufbau nach Konflikten in Konfliktgebieten zu unterstützen. China ist bereit, dabei Hilfe zu leisten und eine konstruktive Rolle zu spielen.

Ukraine - einige Dokumente

IPPNW-Pressemitteilung vom 22. März 2023:

Ärzt*innenorganisation fürchtet langfristige Gesundheits- und Umweltschäden für die Ukraine

Die ärztliche Friedensorganisation IPPNW verurteilt den Beschluss der britischen Regierung, **panzerbrechende Uranmunition (Depleted Uranium, DU)** in die Ukraine zu liefern. Durch den Einsatz von DU entstehen zusätzlich weitreichende und anhaltende Umwelt- und Gesundheitsschäden für die Menschen, die bereits unter dem Krieg leiden. ... [Vollständiger Text](#)

s. dazu auch den [IPPNW-Report](#) „Die gesundheitlichen Folgen von Uranmunition – Die gesellschaftliche Debatte um den Einsatz einer umstrittenen Waffe“ (2012)

Beiträge zum "Manifest für Frieden" (in SiG149

veröffentlicht) und die [Kundgebung](#) am 25.2. in Berlin -

- IPPNW: [Für Waffenstillstand und Friedensverhandlungen](#)

- gegen menschenverachtende Ideologien;

- [Ausführliche Dokumentation auf der Seite der Attac-BAG Globalisierung und Krieg](#)

Vier tabuisierte Wahrheiten über den Ukrainekrieg

Von **Ingar Solty**, Der Freitag 21.03.2023

[Reader der Tagung "Wege zum Frieden"](#) (23.-24.9.2022) der BAG Globalisierung und Krieg

-- Leo Ensel: Das ignorierte Angebot Rußlands, Briefe vom 17. 12-2021 [infosperber](#)

Sozialdemokraten: <https://mehr-diplomatie-wagen.de/>

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.

[AUSDRUCK](#) (März 2023): Schwerpunkt: Zeitenwende

- IMI-Analyse 2023/11: [Die Opfer der Anderen](#)

Auswirkungen des Ukrainekrieges auf den Globalen Süden, von: Pablo Flock | Veröffentlicht am: 14. März 2023

- [Zeitung gegen den Krieg Der Ukraine-Krieg - Vorgeschichte – Verlauf – Interessen – Waffen!](#) von Jürgen Wagner (IMI)

Hinter dem Nebel der Kriegspropaganda:

Welche wirtschaftlichen und politischen Interessen bestehen an der Ukraine?, [Audio-Aufnahme](#) einer

Veranstaltung von Attac Kassel am 23.2.2023 mit **Werner Rügemer**, Buchautor und Journalist

Rohstoffhändler erzielen riesige Kriegs- und Sanktionsgewinne.

Doch steuerlich bleiben sie privilegiert. [Infosperber 14.2.2023](#)

Fabian Scheidler : Nord Stream: Welche Theorie ist plausibel?

In dem aktuellen Beitrag untersuche ich die neuesten Theorien zu den Anschlägen, die von der New York Times, der Zeit und anderen in Umlauf gebracht wurden, und vergleiche sie mit den Thesen von Seymour Hersh. Die jüngsten Berichte, in deren Zentrum eine mysteriöse „ukrainische Gruppe“ und ein Segelboot stehen, lassen erhebliche Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Quellen aufkommen. Ich untersuche auch die Kritik an der Version des Pulitzer-Preis-Trägers Hersh.

[Video-Interview](#) mit Seymour Hersh nun auch auf Deutsch: Veröffentlicht von ActVism Munich:



<https://de.connection-ev.org> <https://www.proasyl.de/>

Auch nach einem Jahr des verbrecherischen Angriffskrieges durch Russland auf die Ukraine gibt es für Menschen, die das Kämpfen und Töten in dem Krieg verweigern, keine legalen Zugangswege zu Asyl in Europa und Deutschland. PRO ASYL und Connection e.V. fordern deutsche Politiker*innen auf, ihren vollmundigen Versprechungen Taten folgen zu lassen. [...]

Nach aktuellen Schätzungen von [Connection e.V.](#) haben mittlerweile 150.000 militärdienstpflichtige Männer Russland verlassen, wegen der restriktiven Visapolitik der Länder im Schengen-Raum vor allem in die Nachbarstaaten. Bei Belarus geht die Organisation von 22.000 und bei der Ukraine von 175.000 Männern aus, die das Land verlassen haben.

Prekäre Situation für Kriegsdienstverweigerer und Militärdienstentzieher

PRO ASYL und Connection e.V. kritisieren, dass für Menschen, die sich in Russland oder Belarus dem Krieg entziehen, bis heute keine legalen Zugangswege zum Recht auf Asyl geschaffen wurde. Weder wurden mehr humanitäre Visa für solche Menschen erteilt, noch wurden die Grenzen geöffnet, wie dies für fliehende Ukrainer*innen der Fall war, noch ist eine Änderung der BAMF-Entscheidungspraxis bei Asylanträgen von Russen erkennbar. Connection e.V. und PRO ASYL sind bis dato keine BAMF-Bescheide bekannt, in denen Russen, die vor einem Kriegsdienst geflohen sind, Schutz zuerkannt wurde. [...]

Die Zahl russischer Militärdienstpflichtiger, die in Deutschland Asyl beantragt haben, ist zwar gestiegen, ist aber mit schätzungsweise 600 Asylerstanträgen in dem Zeitraum März bis Dezember 2022 immer noch auf einem niedrigen Niveau. Grund dafür ist, dass die meisten keinen sicheren Fluchtweg in die Europäische Union und nach Deutschland sehen. Die Situation für geflohene Russen und Belarussen in Staaten wie Kasachstan, Georgien, Armenien, Türkei oder Serbien aber ist zum Teil prekär. Die Türkei – und [seit Ende Januar auch Kasachstan](#) – gewährt russischen Staatsbürger*innen nur einen begrenzten Aufenthaltsstatus von drei Monaten, der nicht beliebig verlängerbar ist. Ihnen droht eine Abschiebung zurück nach Russland. PRO ASYL und Connection e.V. schließen sich daher der [Forderung des Forum Menschenrechte](#) an: "Für Kriegsdienstverweigerer dürfen die EU-Grenzen nicht verschlossen sein." [...]

Worte, denen keine Taten folgen

Dabei wurde den sich dem Kriegsdienst entziehenden Menschen von deutschen Politiker*innen wiederholt Schutz und Asyl in Deutschland angeboten. In dem

[Bundestagsbeschluss zur Unterstützung der Ukraine vom 28.4.22](#) stand der Appell an russische Soldaten, die Waffen niederzulegen und der Hinweis, dass ihnen "der Weg ins deutsche und europäische Asylverfahren offensteht". In einer [Stellungnahme](#) erklärt das Innenministerium im Mai 2022, dass "bei glaubhaft gemachter Desertion eines russischen Asylantragstellenden derzeit in der Regel von drohender Verfolgungshandlung für den Fall der Rückkehr in die Russische Föderation ausgegangen" werde. **Dieses Schutzversprechen gelte jedoch nicht für Militärdienstentzieher, die sich bereits einer Rekrutierung entzogen haben.** [Bundeskanzler Olaf Scholz](#): "Ich bin dafür, diesen Menschen [Russen, die die Einberufung zum Militär verweigern] Schutz anzubieten." [Bundesinnenministerin Nancy Faeser](#): "Wer sich dem Regime von Präsident Wladimir Putin mutig entgegenstellt und deshalb in größte Gefahr begibt, kann in Deutschland wegen politischer Verfolgung Asyl beantragen." [...]

Wer sich einem Krieg entzieht, verdient Schutz

PRO ASYL und Connection e.V. fordern von der deutschen Bundesregierung, Möglichkeiten zu schaffen, Schutz und Asyl für Kriegsdienstverweigerer, Militärdienstentzieher und Deserteure zu garantieren. Dazu gehört:

- Russische Staatsbürger*innen müssen auch von Ländern außerhalb Russlands, wo ihnen eine Abschiebung nach Russland droht, Anträge zur Aufnahme in die Europäische Union stellen können. Ihnen sollte der Weg zu humanitären Visa ermöglicht werden.
- Öffnung der Grenzen! Eine Aufnahme Schutzsuchender kann nur gelingen, wenn die illegalen Pushbacks gestoppt werden und die Menschen Zugang zu einem fairen Asylverfahren erhalten. Aber die derzeitigen Regelungen für eine Visavergabe hindern viele daran, sichere Länder zu erreichen.
- Mit Blick auf Asyl oder einen anderen Aufenthaltsstatus müssen die EU-Länder nicht nur Kriterien für Deserteure entwickeln, sondern vor allem Lösungen für die größere Zahl der Militärdienstentzieher finden. Sie wären bei einer zwangsweisen Rückkehr nach Russland einer Rekrutierung für einen völkerrechtswidrigen Krieg unterworfen.
- Die EU sollte ein Aufnahmeprogramm beschließen, damit diejenigen russischen Staatsbürger*innen, die sich unter großem Risiko von der Regierung ihres Landes abgewandt haben, Möglichkeiten der Ausbildung und Beschäftigung erhalten.
- Ukrainische Kriegsdienstverweigerer, die in der Ukraine mehrjährige Haftstrafen befürchten müssen, verdienen ebenfalls die Unterstützung der EU und müssen Schutz erhalten. Die Ukraine ist aufzufordern, das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung umzusetzen.

Weitere Informationen: [Hintergrundbeitrag](#) "Bundesamt für Migration lehnt Asyl für russischen Verweigerer ab – Russland, Belarus, Ukraine: Wie steht es um den Schutz der Verweigerer?" bzw. [proasyl](#) . [Weitere Infos](#) von Connection

Riad Othman, Medico-Blog Israel / Palästina: Am Abgrund

[...] Schon 2022 war für Palästinenser:innen im Westjordanland das tödlichste Jahr seit die Vereinten Nationen 2005 mit der systematischen Zählung palästinensischer Todesopfer begonnen haben. Insgesamt wurden dort [im vergangenen Jahr 154 Palästinenser:innen getötet](#), davon mehr als ein Drittel in der Region Dschenin, dicht gefolgt von Nablus.

Schon vor Monaten war es in der Nablus zu Gewalt gekommen, wie sie seit über einem Jahrzehnt nicht mehr gesehen hatte, darunter nächtliche Razzien und Attentate am helllichten Tag.

Vor diesem Hintergrund vollzog sich dann mit dem Einrücken der israelischen Armee in Nablus am 22. Februar völlig vorsehbar die Gewalteskalation. [...] Das Ergebnis des Einsatzes einer hochgerüsteten Militärmacht in gepanzerten Fahrzeugen im geschäftigen und dicht bevölkerten kommerziellen Zentrum einer der größten palästinensischen Städte – und dies am helllichten Tag – war abzusehen: Die Besatzungsmacht erschoss in Nablus elf Palästinenser und verletzte über 100 Personen.

Nur vier Tage später schlug dann ein palästinensischer Attentäter in Huwara zu und tötete zwei Brüder, beide aus der

nahegelegenen Siedlung Har Bracha. [...] Abends nach dem Anschlag strömten Dutzende gewalttätige Siedler nach Huwara, um Rache zu nehmen. Sie steckten Häuser und Autos in Brand, verletzten etwa 100 palästinensische Bewohner:innen des Ortes und töteten einen Menschen. [...]

Die Situation ist angespannt wie seit Langem nicht mehr, und dies nicht nur, weil nun in Israel Kahanisten in Schlüsselpositionen der Regierung sitzen und zusätzliche Machtbefugnisse gegenüber den ihnen so verhassten Palästinenser:innen ausgehandelt haben, sondern weil es auch innerhalb Israels bald keinerlei mäßigenden Mechanismus mehr geben wird. Der Oberste Gerichtshof war ohnehin kein Hüter der arabischen Minderheitenrechte oder jener unter Besatzung. Wenn er nun aber vollständig entmachtet wird und eine rechtsextreme Regierung am Ruder ist, steht allerdings zu befürchten, dass das Vorgehen gegenüber dem schwächsten Glied in dem Gefüge, den Palästinenser:innen unter Militärrecht, um einiges härter und blutiger werden wird. [...]

[Medico-Blog](#)

Hinweis: Norman Paech über UN-Berichte in [SiG 148](#)

Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost Bis zum letzten ... Nachruf auf Clemens Messerschmid

14. Februar 2023 - Fassungslos, traurig und wütend sind wir über den Verlust des Hydrogeologen Clemens Messerschmid, der am 8. Februar in seiner geliebten Wahlheimat Palästina, in ‚seiner‘ Stadt Ramallah, verstorben ist.

[...] „Bis zum letzten Tropfen“ – das war der Titel seines Vortrags, den er seit Jahren im deutschsprachigen Raum vor kleinen und größeren Gruppen hielt. Als ausgewiesener Spezialist in allen Wasserfragen, explizit vertraut mit jeder Facette von Grundwasser, Regenwasser, Wasserverbrauch und vor allem der politischen Dimension der Wassernutzung in Palästina und Israel konnte Clemens Messerschmid wie kein anderer komplizierte Zusammenhänge verständlich erklären. [...]

Der wesentliche Kern seiner Arbeit, der eng verknüpft war mit naturwissenschaftlicher Forschung, aber weit über sie hinausging, ist die politische Interpretation seiner Erkenntnisse. Von ihm konnten wir lernen, dass in Ramallah mehr Regen fällt als in Berlin und dass der Wasser-„Mangel“ in Wirklichkeit ein „Wasser-Mythos“ ist. Wir begriffen, warum der Jordan-Fluss in der besetzten palästinensischen Westbank austrocknet, wenn die Wüste auf israelischem Staatsgebiet „zum Blühen“ gebracht wird. Er lieferte uns erweiterte Kenntnisse und Analysen zur Kolonisierung durch Wasser, was bis dato wenig erforscht war; er lehrte uns, wie die Militärbesatzung durch ihren Raub von Wasser das tägliche Leben der Besetzten bestimmte. Er analysierte wissenschaftlich präzise, geradezu mit pedantischer Akribie die systematische Diskriminierung der Palästinenser durch Isra-

els staatlich gelenkte Wasserentnahme und prägte den Begriff der Hydro-Apartheid.

Seine letzte berufliche Herausforderung war ein Projekt in der Westbank im Auftrag der Weltbank, das 2022 begann und das er nun nicht zu Ende bringen konnte. [...] Er bot sich stets als solidarischer Unterstützer an, wie etwa im März 2019, als dem Verein *Jüdische Stimme* der [Göttinger Friedenspreis](#) verliehen wurde, was damals im Kontext von Kontokündigung, Diffamierung und Rückzug von Räumen und Geldern zu bundesweiten Protesten führte. Clemens kam eigens nach Göttingen angereist und brachte ein [Gedicht](#) mit, das er zu diesem Anlass verfasst hatte. Am liebsten hätte er es selbst bei der Veranstaltung vorgetragen, mit seiner tiefen, kräftigen Stimme, seinem bayerisch-grantlerischen Ton und seinem tiefgründigen, nicht selten sarkastischen Humor, der ihn ebenso auszeichnete wie seine Ernsthaftigkeit und Tiefe, ja auch pedantische Verbissenheit, mit der er berufliche und politische Themen anging. [...]

Einige Links:

Bis zum letzten Tropfen – Vortrag von Dr. Clemens Messerschmid in Wien (2021) - [Video](#)

Der ewige Kampf ums Wasser: [ARD-Interview](#) von (2017)

Der Wassersektor im Gazastreifen, ein (un)lösbares Problem? (2020) - [Rosalux](#)

[Interview](#): Kampf ums Wasser in Palästina (2020)

<https://www.juedische-stimme.de/nachruf-auf-clemens-messerschmid>



<https://www.friedenskooperative.de/ostermarsch-2023>

Viele Attac-Regionalgruppen und Personen unterstützen den Ostermarsch 2023. Die [BAG Globalisierung und Krieg ruft zum Ostermarsch auf!](#)

Baden-Württemberg: [ostermarsch-2023-baden-wuerttemberg](#)

Bayern: [ostermarsch-2023-bayern](#)

Berlin: [ostermarsch-2023-berlin](#)

Brandenburg: [ostermarsch-2023-brandenburg](#)

Bremen: [ostermarsch-2023-bremen](#)

Hamburg: [ostermarsch-2023-hamburg](#)

Hessen: [ostermarsch-2023-hessen](#)

Mecklenburg-Vorpommern: [ostermarsch-2023-mecklenburg-vorpommern](#)

Niedersachsen: [ostermarsch-2023-niedersachsen](#)

Nordrhein-Westfalen: [ostermarsch-2023-nordrhein-westfalen](#)

Rheinland-Pfalz: [ostermarsch-2023-rheinland-pfalz](#)

Saarland: [ostermarsch-2023-saarland](#)

Sachsen: [ostermarsch-2023-sachsen](#)

Sachsen-Anhalt: [ostermarsch-2023-sachsen-anhalt](#)

Schleswig-Holstein: [ostermarsch-2023-schleswig-holstein](#)

Thüringen: [ostermarsch-2023-thüringen](#)

Am 18. März 2023 ist Franz Eschbach im Alter von 77 Jahren überraschend gestorben.

Er war einer, der half, im Inneren die Glut der aufrichtigen Globalisierungskritik zu erhalten.

[Nachruf](#) der BAG Globalisierung und Krieg

Zwei Konferenzen über den Frieden

-- Münchner Friedenskonferenz am 17. und 18.

Februar 2023: <https://friedenskonferenz.info/>

Video-Aufnahmen der Beiträge von Dr. Fahim Amir, Prof. Dr. Claudia Paganini, Andreas Zumach, Dr. Lars Pohlmeier, Sabine Gruber ver.di Bayern, Ernst Hörmann Letzte Generation, Mustafa Erciyas, Migrationsbeirat München, Clemens Ronnefeldt

-- Ukraine-Initiative am 19.2.2023:

Den Frieden gewinnen – nicht den Krieg!

Schriftliche Beiträge von:

[Medea Benjamin \(Codepink, USA\) – Video-Einspielung](#)

[Kate Hudson \(CND, London\) – Video-Zuschaltung](#)

[Hans-Christoph von Sponeck \(Ehemaliger UN-Diplomat\)](#)

Video-Mitschnitt von [Peter Wahl \(Ukraine-Initiative\)](#)



Atomwaffen sind jetzt illegal!
Jetzt raus aus Deutschland!

Nukes are now illegal!
Now get them out of Germany!

atomwaffen-sind-jetzt-illegal.de

Roger Waters (Pink Floyd)
Deutscher Friedensrat e.V.
Bremer Friedensforum
Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt
Coop Anti-War Café Berlin
Friedenslockengesellschaft Berlin e.V.
Berliner Arbeitskreis Uran-Munition
Netzwerk Friedenskooperative
Attac Berlin

